



Wirtschaftslage

S. 3

Mit der Wirtschaft geht es aufwärts. Die positiven Daten sorgen für Streit: Spätfolge von Rot-Grün, sagt die Opposition. Erste Auswirkungen des Umsteuerns durch Schwarz-Gelb, reklamiert das Regierungslager.

Studentenwerke

S. 7

Kürzung bei den Studentenwerken. Die Opposition sieht höhere Sozialbeiträge auf die Studierenden zukommen. Alles halb so schlimm, meint Schwarz-Gelb: Die Minderung lässt sich leicht erwirtschaften.

Mieterschutz

S. 14

Der Kündigungsschutz bei Wohnungsverkäufen soll gelockert werden. Diese Absicht der Landesregierung stieß bei der Anhörung des Ausschusses für Bauen und Verkehr bei den Experten auf ein geteiltes Echo.

Stiftung

S. 17

Ob Störche, Förderturm, Streuobstwiese oder Tropfsteinhöhle – seit 20 Jahren unterstützt die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege mit Wettgeldern Projekte, ohne die unser Land ein wenig ärmer wäre.

Gegensätze ziehen sich an: Vielleicht musste unsere Gesellschaft immer älter werden, um zu erkennen, wie wichtig Kinder sind. Abgesehen vom Glück – und den Sorgen – der Eltern zu sehen, wie der Nachwuchs sich entwickelt, hat auch das Gemeinwesen ein elementares Interesse daran, sich zu verjüngen. Denn aus Kindern werden Staatsbürger, Arbeitnehmer oder Unternehmer, Wissenschaftler oder Erfinder, Verbraucher und Steuerzahler. Kurz, sie sorgen für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Aber: Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten in Europa. Liegt es daran, dass Kinder (und die Rolle der Familie) immer noch nicht richtig eingeschätzt werden? Die Lage der Kinder in NRW ist Schwerpunkt dieser Ausgabe (Seiten 9 bis 12).

Foto: Schälte

„Trauer und Bestürzung“

Mit großer Bestürzung haben die Abgeordneten des Landtags NRW die Nachricht vom Tode von Johannes Rau vernommen. Landtagspräsidentin Regina van Dinker verließ der tiefen Trauer im Namen aller Abgeordneten Ausdruck: „Mit Johannes Rau verliert die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen eine große und über alle Grenzen beliebte Persönlichkeit. Johannes Rau hat der Bundesrepublik Deutschland über viele Jahrzehnte hindurch gedient. Er ist ein Vorbild für Toleranz und Menschlichkeit.“



Auf Rosen gebettet? Kinder in Nordrhein-Westfalen

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
„Das Ende der bitteren Zeiten“	3
<i>Landtag diskutiert über positive Entwicklung der NRW-Wirtschaft</i>	
Die Folge des Ausstiegs	4
<i>Wie wird die Lücke des wegfallenden Atomstroms gefüllt?</i>	
„Vom Leuchtturm zur Wunderkerze“	5
<i>Bei der Förderung des Ruhrgebiets zeichnet sich Umsteuern ab</i>	
Gefahr für Paderborn/Lippstadt	6
<i>Ausbau des hessischen Flughafens Kassel-Calden in NRW umstritten</i>	
Schwarz-Gelb verteidigt Kürzungen	7
<i>8,2 Millionen weniger Landeszuschüsse an die Studentenwerke</i>	
Berliner Wünsche und Düsseldorfer Realitäten	8
<i>Plenardebatte zur Familienpolitik mit gegenseitigen Schulzuweisungen</i>	
Teufelskreis Kinderarmut	9
<i>Junge Menschen geraten verstärkt ins soziale Abseits</i>	
Priorität für mehr Betreuung	10 – 11
<i>Interviews mit den jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern</i>	
Grünes Licht für erste Familienzentren	12
<i>Landesregierung gibt 2,5 Millionen für 178 Pileteinrichtungen</i>	
Festakt und Tag der offenen Tür	13
<i>Landtagspräsidentin stellt Planungen für das Landesjubiläum vor</i>	
Verordnung auf dem Prüfstand	14
<i>Sperrfristen bei Kündigung überflüssig oder unverzichtbar?</i>	
Parlament unterstützt Bewerbung	15
<i>Ruhrgebiet ringt um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Reform der Gemeindeordnung	16
Störche unter die Fittiche genommen	17
<i>In 20 Jahren das Natur- und Kulturerbe des Landes gefördert</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Carina Gödecke (SPD)	19
Deutsch-israelische Parlamentariergruppe	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Wurzeln und Flügel

Ein kluger Mann hat gesagt: Zwei Dinge sollen Kinder von ihren Eltern bekommen: Wurzeln und Flügel. Damit sie sich in der Welt verankern, in die sie ihre Eltern gesetzt haben, und später sich zu einem Leben aufschwingen können, aus eigener Kraft und selbstbestimmt. Goethe wusste, wovon er spricht.

Emotionale Geborgenheit und materielle Sicherheit – Kinder brauchen beides, wenn sie gedeihlich aufwachsen sollen. Die meisten haben es, manche vermissen das eine oder das andere. Einige beides. Ihre Zahl wächst, wenn man den staatlichen Berichten zur Armutsentwicklung und den Erhebungen der Wohlfahrtsverbände Glauben schenkt.

Das muss man wohl, und das ist ein Alarmzeichen. Handeln tut not. Kinder können nichts für die Armut der Lebensverhältnisse, in die sie hineingeboren werden. Ihren Eltern kann man die Armut nicht zum Vorwurf machen, es sei denn, sie wäre in törichter Weise selbst herbeigeführt. Es ist egal, ob man die erforderliche Hilfe mit christlicher Nächstenliebe begründet oder Solidarität nennt – es muss etwas gegen Verarmung und Vernachlässigung getan werden, von Amts wegen, von den kirchlichen und freien Wohlfahrtsverbänden, von jedem Einzelnen.

SPÄTFOLGEN

Dabei geht es um Schicksal und Karrieren der betroffenen Kinder, aber nicht allein. Armut pflanzt sich leicht fort. Es ist schwer, ihr zu entkommen. Wer aus dem Kreislauf ausbrechen will, braucht viel eigene Kraft und noch mehr fremde Unterstützung. Für die Gesellschaft paart sich dabei hehre Nächstenliebe mit purem Eigennutz: Es ist allemal billiger, früh einzugreifen, als sich mit den unberechenbaren Spätfolgen auseinandersetzen zu müssen.

Betreuung, Bildung, Erziehung, Förderung – hier kann der Staat seine Angebote machen. Das hat er getan und das tut er, in steigendem Maß, wie der Blick auf unser Land zeigt. Jugendhilfe, Jugendplan, verlässliche Grundschule, offene Ganztagschule, Kindergarten unter drei, Werkstattjahr – hier ist jeder öffentliche Euro gut angelegt, auch und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Ohne der völligen Ökonomisierung der menschlichen Existenz das Wort reden zu wollen: Kinder sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft, ein Kapital, das reiche Früchte tragen kann.

Der Streit um die Absetzbarkeit der Kosten für die Kindererziehung, eine Million hier oder eine Milliarde da – in die politische Diskussion ist bundesweit Bewegung gekommen. Die Familienpolitik ist plötzlich wieder ein Thema, an dem sich Berufene und weniger Berufene abarbeiten. Hoffen wir, das alles ist des Schweißes der Edlen wert, für unsere Familien, für unsere Kinder, für unsere Gesellschaft.

JK

„Das Ende der bitteren Zeiten“ Landtag diskutiert über positive Entwicklung der NRW-Wirtschaft

Mit der Wirtschaft in NRW geht es bergauf. Nicht steil, aber immerhin. Das hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) herausgefunden. Erste Erfolge der neuen, schwarz-gelben Wirtschaftspolitik? Oder doch die Spätfolge jahrelanger rot-grünen Bemühens? Zündstoff genug für eine Debatte im Düsseldorfer Landtag. Zumal es – anlässlich der Unterrichtung durch die Landesregierung – vor allem auch um Wege und Mittel ging, den Aufschwung weiter voran zu bringen.



Wohl verwahrt und gewichtig – Ministerin Thoben zieht den Bericht zur Wirtschaftslage des Landes aus der Aktentasche.

Fotos: Schälte

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) freute sich über „das stärkste Wachstum seit fünf Jahren“ in Höhe von 1,5 Prozent. „Die Essener Forscher sehen einen Trend seit Mitte letzten Jahres“, verwies sie auf den Zusammenhang zum Regierungswechsel und „das Ende der bitteren Zeiten“. Triebfeder der Konjunktur sei die Industrieproduktion gewesen. Allerdings, räumte Thoben ein, werde man 2006 „die derzeit viel zu hohe Arbeitslosigkeit nur geringfügig unterschreiten“. Daran wolle man weiter arbeiten, sagte die Ministerin und stellte eine ganze Reihe von Maßnahmen vor: Novellierung und Aufhebung des Mittelstandsgesetzes sowie die Aufhebung des Tariftreugesetzes. Mit den Kammern wolle man Gründungsagenturen einrichten, den Ladenschluss „gastfreundlich und weltoffen“ verändern, die Wirtschaftsförderung neu gestalten – „weniger staatliche Angebote und mehr Marktnähe“. Neue Wege gehen will Thoben bei der Ko-Finanzierung von Regional- und Ziel-2-Förderung. In Sachen Energie „werden wir unsere Vorstellungen in ein nationales Konzept einbringen“, schloss die Ministerin.

Norbert Römer (SPD) teilte Thobens Freude über die Zahlen der Wirtschaftsforscher. „Die beharrliche Aufbau- und Umbauarbeit der rot-grünen Koalition hat sich gelohnt“, war seine Schlussfolgerung. Verständnis äußerte er dafür, dass die Wirtschaftsministerin noch nicht viel habe bewegen können. Ihren Bericht charakterisierte er als „Mischung aus Liebe, Glaube und Hoffnung“. Römer: „So lässt sich der rasante

Strukturwandel im Land nicht erfolgreich gestalten.“ „Setzen Sie Ihre ideologisch gefärbte Brille ab, und bekämpfen Sie regionalisierte Strukturpolitik und Tariftreugesetz nicht deshalb, weil die von uns entwickelt und initiiert worden sind.“ Sicher gebe es gerade beim Tariftreugesetz Verbesserungsbedarf – aber keine vernünftigen Gründe, es zu beseitigen. Gleiches gelte für den Steinkohlenbergbau und den Paragraphen 107 der Gemeindeordnung.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) verwies auf die große Zustimmung, die der Kurs der neuen Landesregierung in der Bevölkerung finde – immerhin 65 Prozent äußerten sich positiv. Er begrüßte den Paradigmenwechsel „weg von der Regelungs-, hin zur Ordnungspolitik“. Jetzt heiße es, „nicht weiter paddeln wie früher, sondern die großen Segel aufziehen“. Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen, Sicherheit statt Beliebbarkeit, zitierte er den Ministerpräsidenten. Konkret umgesetzt werde das bereits im ersten Mittelstandspaket von Ministerin Thoben. Mit Blick auf die Energiepolitik warnte Droste davor, „Zukunftsoptionen im Keim zu ersticken“. Die ideologischen Scheuklappen sah er auf Seiten der Opposition. Ausdrücklich begrüßte der Christdemokrat das von Thoben avisierte nationale Energiekonzept.

Reiner Priggen (GRÜNE) konterte, die Argumentation Drostes pro Atomkraft lasse sich auch auf die Steinkohle anwenden. „Jetzt wird wie die Madonna in einer Prozession die Per-

spektive der Atomenergie immer wieder durchs Dorf getragen. Die gibt es in NRW nicht. Es gibt eine bestimmte Auseinandersetzung auf Bundesebene.“ 25.000 neue Arbeitsplätze seien zwar gut, aber angesichts einer Million Menschen ohne Arbeit „erschreckend wenig“, dämpfte Priggen die Euphorie. Die Technologie für das 21. Jahrhundert sei Energieeffizienz. Dazu habe Thoben aber ebenso wenig gesagt wie zu den Chancen, die sich aus dem Programm zur Gebäudesanierung der Bundesregierung ergäben. Start sei hier am 1. Februar. Von den großen Wohnungsgesellschaften im Ruhrgebiet forderte er Konzepte zur Senkung der Heizkosten ein.

Dietmar Brockes (FDP) stellte richtig: „Kein Mitglied der Koalition behauptet, dass der wirtschaftliche Erholungsprozess allein der neuen Regierungsarbeit zuzuschreiben ist.“ In jedem Falle seien die öffentlichen Konflikte der Vorgängerregierung für Investitionen alles andere als hilfreich gewesen. Ja, es gebe eine Verschiebung der Politik hin zur Wirtschaft, räumte der Liberale ein: „Im Unterschied zu Rot-Grün nehmen wir zur Kenntnis, dass es ohne Wirtschaft kein Wachstum, keine Arbeitsplätze und auch nichts zu verteilen gibt.“ Man wolle unrentable Wirtschaftszweige nicht künstlich am Leben halten, sondern die Schaffung rentabler Arbeitsplätze in Mittelstand und Handwerk fördern. „Wir sollten schauen, wie wir hier im Parlament die positive Entwicklung weiter unterstützen können“, mahnte Brockes.



Schon einmal hat es einen Anlauf gegeben, die Technologie des Thorium-Hochtemperaturreaktors zu nutzen: Hier die Gebäude des THTR 300 in Hamm-Uentrop, Zustand 1986. Der hinten stehende Trockenkühlturm wurde 1991 gesprengt.

Foto: Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH

Die Folgen des Ausstiegs

Wie wird die Lücke des wegfallenden Atomstroms gefüllt?

Vor der Renaissance der Atomenergie haben die Grünen gewarnt. Sie verlangen, dass der Atomausstieg fortgesetzt wird. Den entsprechenden Antrag (Drs. 14/1032) hat der Landtag am 18. Januar debattiert und in direkter Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, hielt der CDU vor, ihre Vertreter sprächen sich entgegen der Haltung der Bundeskanzlerin in Berlin und des NRW-Ministerpräsidenten fast jeden Tag für eine Verlängerung der Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke oder sogar für den Neubau von Atomkraftwerken aus. Die NRW-Energieministerin schlage vor, über einen Hochtemperaturreaktor „zum Zwecke der Wasserstoffherstellung zu diskutieren“. Der Reaktor in Hamm-Uentrop sei nach einem folgenschweren Störfall abgeschaltet und nicht wieder in Betrieb genommen worden. Zusammen mit dem Schnellen Brüter in Kalkar haben die „atomaren Abenteuer früherer Jahrzehnte die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Unsummen gekostet, aber für unsere Energieversorgung rein gar nichts gebracht“. Sie verlangte von der Landesregierung, statt „atompolitischen Irrsinn mit Phantastereien über Wasserstoffproduktion von Hochtemperaturreaktoren endlich ein seriöses und umsetzbares energiepolitisches Konzept vorzulegen“.

Christian Weisbrich (CDU) hielt ein Plädoyer für den in Jülich entwickelten Typ von Kugelbett- oder Kugelhaufenreaktoren: „Bei dieser Technologie könnten bei großtechnischem Einsatz die Produktionskosten für Wasserstoff um 25 Prozent unter dem heutigen Abgabepreis für Benzin liegen.“ Damit käme man der Verwirklichung des Traums einer energiehungrigen Nation, nämlich dem teilweisen Ausstieg aus dem Erdöl, ein ganzes Stück näher. Die Wirtschaftsministerin habe bloß an diese Technologie erinnert – für diese Weitsicht sollte man dankbar sein „und uns gemeinsam an die Erkundung des Potenzials machen“. An die Grünen gewandt verlangte er, es müsse endlich

Schluss sein mit bestimmten Denkverböten, mit überheblicher Arroganz und dem Anspruch, „dass nur eine einzige Partei den allein selig machenden Weg zu einer sicheren Energieversorgung kennt“.

Dr. Axel Horstmann (SPD) sagte voraus, bei dem erforderlichen nationalen Energiekonzept gehe es um verfügbare Optionen, auf keinen Fall um die Hochtemperaturtechnologie. Die Wirtschaftsministerin solle erklären, ob sie die Atomenergie in diesem nationalen Energiekonzept unterbringen wolle. Schließlich gebe es das Rüttgers-Wort, wonach in NRW kein neues Kernkraftwerk gebaut werde. Realpolitisch gehe es um die Frage, ob die Restlaufzeiten der vorhandenen Reaktoren verlängert werden sollen – dazu solle sich Frau Thoben erklären. Denn es könne nicht sein, dass dazu aus dem Energieland NRW „keine vernehmbare und verständliche Stimme“ dringt. Die Position des Landes müsste sein, zusätzlich in moderne Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern zu investieren. Dazu müsste der Bund ermuntert werden, seine Verantwortung für die nationale Energiereserve der Steinkohle wahrzunehmen und die Landesregierung sollte „ihn nicht dazu nötigen, aus der Steinkohle auszusteigen“.

Dietmar Brockes (FDP) sagte, mit dem Ausstiegsbeschluss sei die Frage offen geblieben, wie die wegfallenden Kernenergiekapazitäten durch andere Energieträger aufgefangen werden sollen. Brockes: „Um die Ziele von Kyoto zu erreichen, brauchen wir die CO₂-freie Kernenergie auch in Deutschland. Wir haben eine Renaissance der Kernenergie in Europa und in anderen Ländern.“ Aber man wolle keine neuen Kernkraftwerke in

Deutschland oder in Nordrhein-Westfalen bauen. Der Abgeordnete fuhr fort: „Aber wir sind nun einmal führend, was diese Technologie angeht.“ Wer wie die SPD die wegfallende Energie durch Braunkohle- oder Steinkohlekraftwerke ersetzen wolle, könne das Kyoto-Ziel begraben. Weil Gas und erneuerbare Energien den Ersatz nicht leisten könnten, „ist es wichtig, dass wir an den funktionierenden Kernkraftwerken in Deutschland weiterhin festhalten“.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) erklärte, sie habe von der Hochtemperaturtechnologie gesprochen, weil „wir einen Teilvorsprung, den wir in der Brennstoffzelle haben, möglicherweise verlieren, wenn wir nicht erkennen, dass man mit dieser Technologie Wasserstoff erzeugen kann“. Was das nationale Energiekonzept und die Rolle von NRW angehe, so liege hierzulande der Schwerpunkt eindeutig auf der Erzeugung von Strom aus fossilen Brennstoffen, „deshalb ist für uns die Steigerung der Effizienz bei diesen Kraftwerken zentrales Moment“. Das sei in anderen Bundesländern völlig anders; hier gehe es um 30 Prozent der „preiswertesten und umweltschonendsten Stromversorgung“. Die Ministerin: „Was tritt an diese Stelle?“ Da seien Nachteile bei den Preisen und beim Umweltschutz zu erwarten, wenn man so aussteige, „wie es derzeit für richtig gehalten wird“.

Energiepreise

Auf Antrag der Grünen hat der Landtag eine Enquetekommission zu Energiepreisen eingesetzt. Bei der konstituierenden Sitzung betonte Landtagspräsidentin Regina van Dinther, die Kommission solle nicht nur eine Bestandsaufnahme der aktuellen Energieversorgung liefern, sondern auch Vorschläge für Zukunftsstrategien entwickeln. Vorsitzender dieser ersten Enquetekommission in der 14. Wahlperiode ist Reiner Priggen (GRÜNE), sein Stellvertreter Josef Hovenjürgen (CDU).

„Vom Leuchtturm zur Wunderkerze“

Bei der Förderung des Ruhrgebiets zeichnet sich Umsteuern ab

Zu einem lebhaften Schlagabtausch haben die Fraktionen die Debatte in der von der SPD beantragten Aktuellen Stunde genutzt. Sie stand am 19. Januar unter dem Thema „Blockadehaltung der Landesregierung gegen Zukunftsprojekte im Ruhrgebiet beenden“. Die SPD unterstellte darin der Regierung, sie wolle die Menschen im Revier „abstrafen“. Schwarz-Gelb wies das mit Nachdruck zurück.

Thomas Eiskirch (SPD) hielt der Koalition „pures Desinteresse“ am Ruhrgebiet und seinen Menschen vor. Dabei bedürfe der Strukturwandel hier besonderer Unterstützung. Das sei nicht nur eine historische Verpflichtung, „sondern auch eine notwendige und lohnende Investition in ein zukunftsfestes Nordrhein-Westfalen“. Die schwarz-gelbe Landesregierung entziehe dem Ruhrgebiet die Unterstützung bei seinen Anstrengungen, den Abstand gegenüber anderen Regionen des Landes zu verringern – dafür nannte der Abgeordnete Beispiele. Er schloss mit der Feststellung: „Die schwarz-gelbe Landesregierung zieht dem Ruhrgebiet die Beine weg. Sie will dem Ruhrgebiet die Standfestigkeit und Standhaftigkeit nehmen.“ Das schade nicht nur dem Revier, sondern dem ganzen Land.

Hendrik Wüst (CDU) vermisste den Begriff „O.Vision“ – darüber habe der Abgeordnete kein Wort verloren. In der Frage von O.Vision in Oberhausen sei die SPD keiner einheitlichen Meinung: Vor einem Jahr hätten die damaligen Minister Dieckmann und Behrens – „die einzigen, die zum Thema überhaupt Ahnung haben“ – im Kabinett dagegen gestimmt. Aber beide stünden heute nicht auf der Rednerliste. Die SPD habe den Menschen im Revier vorgegaukelt, „dass steuerfinanzierte Leuchttürme den Strukturwandel nachholen können, den Sie gemeinsam verpennt und teilweise gebremst haben“. Der Abgeordnete: „Wacklige Leuchttürme, windige Finanzierungen und versenkte Millionenbeträge haben in der SPD-Hochburg Oberhausen schon Tradition und sind Anlass von gleich zwei Untersuchungsausschüssen gewesen.“

Horst Becker (GRÜNE) erinnerte daran, dass es „de facto“ eine Zusage für das Projekt gebe, denn es sei nach Brüssel durchgereicht worden und damit angemeldet – „unabhängig davon, dass später noch eine Endentscheidung fallen sollte“. Natürlich sei Oberhausens Finanzlage als „desaströs“ zu bezeichnen; aber der Hinweis darauf, dass die Stadt deswegen ihren Eigenanteil für das Projekt nicht aufbringen könne und dürfe, bedeute: „Keine Kommune mit einem Haushaltssicherungskonzept kann noch in ähnliche Projekte investieren.“ Wenn darauf die

Landesregierung mit dem Hinweis antworte, man werde von Einzelfall zu Einzelfall prüfen, dann „ist das keine Verlässlichkeit, sondern ein Stück weit Willkür“. Er, Becker, wüsste gern mehr über die Kriterien solcher Prüfungen.

Ralf Witzel (FDP) rechtfertigte die ablehnende Haltung der Landesregierung gegenüber O.Vision als „verantwortungsvolle Entscheidung im Sinne des Steuerzahlers und auch im Sinne der Region“. Das Projekt sei hochgradig risikobehaftet und berge die Gefahr weiterer Verschwendung von Steuermitteln. Die Aktuelle Stunde der SPD sei nichts als der „dreiste Versuch, über diese Symboldebatte hier von dem Versagen von Rot-Grün in der Förderung des Ruhrgebietes in den letzten Jahren abzulenken“. Seine Fraktion stehe für eine moderne Ausrichtung der Ruhrgebietsförderung. Diese „neue Epoche“ bestehe darin, dass die Menschen zu mehr Freiheit befähigt werden und in moderne Bereiche wie moderne Kraftwerke, wettbewerbsfähige Industriearbeitsplätze, neue Technologien und Forschungsförderung umgestiegen werde. Kurz: Statt Symbolpolitik nachhaltige Strukturverbesserung. Witzel: „Wir fördern künftig helle Köpfe und nicht dunkle Schächte.“

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) urteilte: „Die Opposition irrt. O.Vision ist kein Zukunftsprojekt.“ Und: „Wir wollen Abschied nehmen von Leuchttürmen, die häufig zu Wunderkerzen mutieren.“ Die Ministerin knapp: „O.Vision ist nicht zu verantworten.“ Und wenig später: „O.Vision gibt Oberhausen keine Zukunft.“ Das gelte sowohl in Hinblick auf die Haushaltssituation von Oberhausen als auch auf die unsichere Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und die erheblichen Finanzierungsrisiken. Außerdem sei dem Projekt die Zeit weggelaufen: Es hätte bis 2008 nicht nur beendet, sondern auch abgerechnet werden müssen. Es habe also mehrere gute Gründe gegeben, dem Projekt keine Förderzusage zu geben. Aus der Ablehnung einer Förderung von O.Vision durch das Land auf eine Blockadehaltung gegenüber dem Ruhrgebiet

zu schließen, „ist völlig unzutreffend“. Das Gegenteil sei der Fall; das Land nehme seine Verantwortung für das Ruhrgebiet wahr. Man wolle eine langfristig angelegte, seriöse Entwicklung und kein Projekt, „das als Investitionsruine mit unabsehbaren Folgen endet“.



Fotos: Schälte

Aus der Luft – der Flughafen Paderborn/Lippstadt. So sah es aus, als Ende Mai 2004 viele ausländische Gäste dort landeten, um ein UEFA Champions League-Endspiel in Gelsenkirchen zu besuchen.

Gefahr für Paderborn/Lippstadt

Ausbau des hessischen Flughafens Kassel-Calden in NRW umstritten

„Flughafen Paderborn/Lippstadt stärken – Regionalen Verdrängungswettbewerb stoppen – Kooperation der Flughäfen Kassel-Calden und Paderborn/Lippstadt fördern“ – diesen Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/1025) und den Änderungsantrag der Grünen (Drs. 14/1082) überwiesen die Abgeordneten einstimmig an den federführenden Ausschuss für Bauen und Verkehr.

Christof Rasche (FDP) bezeichnete den Flughafen Paderborn/Lippstadt als „kleine Erfolgsgeschichte“: 1,3 Millionen Passagiere, Hunderte von Arbeitsplätzen im direkten Umfeld, wichtiger Standortfaktor für Industrie, Wirtschaft und Mittelstand in Westfalen und Ostwestfalen. Seit zehn Jahren würden schwarze Zahlen geschrieben. Dennoch sei jetzt die Existenz durch die Planungen des neuen Flughafens Kassel-Calden („verkehrspolitisch völliger Blödsinn“) bedroht. Rentable Arbeitsplätze in Paderborn/Lippstadt gingen verloren, unrentable, hoch subventionierte Arbeitsplätze würden in Kassel-Calden geschaffen. Die Flughäfen Hannover und Erfurt würden stark betroffen. Auch finanzpolitisch wäre der Flughafen (ein „Prestigeprojekt des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch“) in Nordhessen eine Verschwendung von Steuergeldern, betonte Rasche und verlangte Gespräche mit der hessischen Landesregierung und ein gemeinsames Vorgehen der Bundesländer NRW, Niedersachsen und Thüringen. Auch der Bund könnte Einfluss nehmen. Herrn Koch sollte „Feuer unter den Füßen“ gemacht werden.

Wolfgang Abbrock (CDU) sah in Kassel-Calden einen „Nonsensflughafen“ und ein Subventionsgrab. Die Planungen seien von „massivstem Kirchturmdenken“ gekennzeichnet. Es gebe erhebliche Zweifel an einem rentablen Betrieb. Paderborn/Lippstadt nehme seine Rolle für die luftverkehrliche Erschließung des Raums wahr und habe die zweithöchste Wachstumsrate in der Bundesrepublik. Der Abgeordnete: „Mit dem beabsichtigten Ausbau des nur rund 60 Kilometer östlich vom Flughafen Paderborn ge-

legenen Verkehrslandeplatz Kassel-Calden zum Flughafen findet eine hochgradige Überlappung der jeweiligen Einzugsbereiche beider Flughäfen in Verbindung mit einer Ausrichtung auf identische Bedienungssparten statt.“ Kassel-Calden müsse 66 Prozent seines prognostizierten Aufkommens aus dem Aufkommensbereich des Flughafens Paderborn gewinnen. Der Ausbau Kassels mache beide Regionen zu Verlierern, „das müssen wir verhindern“.

Bodo Wißen (SPD) urteilte: „Wenn Sie es von der CDU und FDP in Ihrer Regierungsverantwortung in NRW und Hessen nicht schaffen, zu verkehrs- und wirtschaftspolitisch vernünftigen Lösungen beizutragen, ist das eine klare Bankrotterklärung.“ Dieser Antrag sollte besser auf CDU und FDP-Parteitag beschlossen werden „als hier im Landtag“. Der NRW-Verkehrsminister sei schon bei seiner angekündigten Kooperation der Flughäfen Köln-Bonn und Düsseldorf gescheitert, erinnerte der Abgeordnete und kritisierte, dass der Antrag der beiden Koalitionsfraktionen in dem Ruf nach dem Bund gipfele, „wo die CDU wiederum in der Regierungsverantwortung ist, um von dieser Ebene aus das Problem zu klären“. Die SPD sei gegen öffentliche Investitionen in die Luftverkehrsinfrastruktur – in NRW wie in Hessen.

Horst Becker (GRÜNE) stellte die Frage nach der Glaubwürdigkeit. Für Kassel-Calden sei Schwarz-Gelb in NRW gegen „riesige“ Investitionen des Landes Hessen – es gehe die Rede von bis zu 150 Millionen Euro –, während in

Dortmund, Weeze und Mönchengladbach „Geld nahezu verbrannt worden ist“. Mit „Augenmaß, Vernunft und Vorsicht“ sei mit öffentlichem Geld umzugehen; NRW sei mit vier Flughäfen für die Zukunft gut genug aufgestellt. Da müsse der Ausbau nicht immer weiter betrieben werden.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) meinte, seit einem halben Jahr finde in NRW wieder aktive Luftverkehrspolitik statt. Dazu gehöre unter anderem auch, „dass wir im nordrhein-westfälischen Parlament unsere ureigenen nordrhein-westfälischen Interessen gegenüber der hessischen Landesregierung wahrnehmen“. Dafür sei man schließlich gewählt worden. Der Minister kündigte an, dass das Planfeststellungsverfahren für die Verlängerung der Startbahn von derzeit 2.180 auf 2.500 Meter nach Recht und Gesetz, aber schneller als in Münster-Osnabrück vorangetrieben werde, „weil wir uns nicht weiter abhängen lassen wollen von anderen Bundesländern oder europäischen Nachbarstaaten“. Im Übrigen solle Kassel-Calden erst einen Ausbauzustand erhalten, den Paderborn/Lippstadt bereits heute weitgehend vorzuweisen habe. Er, Wittke, habe Zweifel, ob die hessische Landesregierung mit ihrer Absicht, das Vorhaben mit 151 Millionen Euro öffentlicher Mittel zu fördern, „sich auch europarechtlich auf der sicheren Seite befindet“. Wenn keine Kooperation möglich sei, müsse der Flughafen Paderborn/Lippstadt so gestärkt werden, „dass er auch in einem Wettbewerb mit dem Flughafen Kassel bestehen kann“.

Schwarz-Gelb verteidigt Kürzungen

8,2 Millionen weniger Landeszuschüsse an die Studentenwerke

Die von der Regierung angekündigte Kürzung der Landeszuschüsse an die Studentenwerke um mehr als acht Millionen Euro beschäftigte jetzt den Landtag. Grundlage der Debatte war ein SPD-Antrag mit dem Titel „Kürzungen bei Studentenwerken zurücknehmen“ (Drs. 14/1015). Während SPD und Grüne die 20-prozentige Kürzung als massiven finanziellen Einschnitt bezeichneten, wiesen die Koalitionsfraktionen und der Minister dies als überzogen zurück. Zur weiteren Beratung wurde der Antrag an den Wissenschaftsausschuss überwiesen.

Heike Gebhard (SPD) äußerte sich besorgt über die Kürzungen. Durch die Einführung der Studiengebühren rechneten die Studentenwerke ohnehin mit sinkenden Studierendenzahlen; das wiederum bedeute weniger Sozialbeiträge. „Gleichzeitig kürzen Sie jetzt auch noch die direkten Zuschüsse.“ Diese Doppelbelastung zwingt die Studentenwerke dazu, ihr Leistungsangebot einzuschränken, die Preise in den Cafeterien und Mensen sowie die Mieten für Studentenwohnungen zu erhöhen oder die Sozialbeiträge anzuheben. Die Leidtragenden seien in jedem Fall die Studierenden. Dabei müssten jetzt bereits knapp zwei Drittel der jungen Studenten neben ihrem Studium arbeiten, um über die Runden zu kommen. Es sei zu befürchten, dass sich viele Studenten zur Studienaufgabe gezwungen sehen. Sie appellierte an die Landesregierung: „Nehmen Sie diese angekündigten Kürzungen zurück!“

Rudolf Henke (CDU) warf der SPD vor, sie betreibe mit ihrem Antrag „pure Heuchelei“. Der Grund für die unabwendbaren Kürzungen liege schließlich in der verfehlten Haushalts- und Finanzpolitik der alten Landesregierung. Die schwarz-gelbe Landesregierung bedauere zwar die Kürzungen, die Antwort könne aber

nicht in zusätzlicher Neuverschuldung liegen. Henke: „Um den Marsch in den Schuldenstaat zu stoppen, muss sich jeder beteiligen. Das gilt auch für die Studentenwerke.“ Zudem umfassten die geplanten Kürzungen gerade einmal 3,4 Prozent der Gesamtfinanzierung der Studentenwerke, die sich laut Daten der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke NRW im Jahre 2004 auf 241 Millionen Euro belief. „Damit die geplanten Zuschusskürzungen ausgeglichen werden, sollten in erster Linie Kosteneinsparungen der Studentenwerke erzielt werden“, so Henke.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) nannte die Ausführungen ihres Vorredners ein „gigantisches Ablenkungsmanöver“. Die Landesregierung habe bislang das Thema Bildung und Hochschule immer als Mittelpunkt ihrer Politik dargestellt. „Von dieser Priorität scheinen Sie zurzeit in verschiedener Hinsicht abzuweichen.“ Im Rahmen der Novellierung des Studentenwerkesgesetzes im Januar 2004 sei es die CDU gewesen, die ein „Klagelied auf die finanzielle Lage der Studentenwerke“ angestimmt habe. Ungeachtet früherer Bekundungen billige die Landesregierung heute einen „Kahlschlag bei den Studentenwerken“ und betreibe damit „Politik des sozialen Abbaus“.

Christian Lindner (FDP) nannte die Debatte ein gutes Beispiel für die „Angst- und Desinformationskampagne“ der Oppositionsfraktionen. Es sei unbestritten, dass die Studentenwerke einen unverzichtbaren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Bildungsinfrastruktur im Hochschulbereich leisten. Dennoch seien Veränderungen in ihrer Finanzierung unvermeidbar. Dies habe im Übrigen auch die alte Landesregierung erkannt und den Landesanteil an der Finanzierung allein in den vergangenen vier Jahren um acht Prozent gekürzt. Seit 1996 sei der durchschnittliche Sozialbeitrag pro Semester infolgedessen von 29 auf 40 Euro in 2005 gestiegen. Die SPD habe insofern kein Recht, FDP und CDU „fehlendes soziales Fingerspitzengefühl“ vorzuwerfen.

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) verteidigte die geplanten Kürzungen: „Wenn wir die finanzielle Ausstattung der Hochschulen und darüber hinaus die Innovations- und Forschungsförderung nicht nur stabil halten, sondern – Stichwort Exzellenzinitiative – noch ausbauen wollen, muss das Innovationsministerium wie alle anderen Häuser auch Konsolidierungsbeiträge erbringen.“ Gesetzt den Fall, die Studentenwerke kompensierten die 8,2 Millionen Euro, die sie in diesem Jahr weniger vom Land erhalten sollen, komplett aus den Sozialbeiträgen, dann stiegen diese um gerade einmal 1,66 Euro pro Monat und Studierenden. „Dies einen massiven finanziellen Einschnitt zu nennen, ist aus meiner Sicht nicht sachgerecht.“

Nachwahl und Vereidigung eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs für das Land NRW standen zu Beginn der Sitzung am 19. Januar auf der Tagesordnung des Landtags. In geheimer Wahl und ohne Aussprache wählten die Abgeordneten Professor Dr. Barbara Dauner-Lieb (l.), Richterin am Oberlandesgericht Köln und Direktorin des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht an der Universität Köln, zum stellvertretenden Mitglied. Anschließend nahm ihr Landtagspräsidentin Regina van Dinther (r.) den vorgeschriebenen Amtseid ab.

Foto: Schälte

Berliner Wünsche und Düsseldorfer Realitäten

Plenardebatte mit gegenseitigen Schuldzuweisungen

Elterngeld, kostenlose Kindergartenplätze und steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen und Tagesmüttern – nahezu täglich gibt es aus der Bundeshauptstadt in der Diskussion um die Familienpolitik neue Schlagzeilen. „Familien in NRW brauchen Klarheit- und Perspektive statt Konzeptionslosigkeit“, befanden die Grünen im Landtag in Düsseldorf und beantragten eine Aktuelle Stunde zur Zukunft der Familienpolitik.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Ursula Doppmeier (CDU)

Birgit Fischer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Fotos: Schälte

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Landesregierung vor, bei ihr klapften Anspruch und Wirklichkeit auseinander: „Ich erinnere an unsere Diskussion zum Kahlschlag bei den Kindertagesstätten, an die Untätigkeit bei der Schaffung von mehr Betreuungsplätzen.“ Während Bundesfamilienministerin von der Leyen aus Berliner Luftschlössern grüße, sei Jürgen Rüttgers in NRW „mit der Abrissbirne unterwegs“, sitze im Bundeskabinett „nicht einmal am Katzentisch“. Mit Blick auf Freibeträge, Elterngeld und auch die SPD betonte die Frak-

tionsvorsitzende: „Wir beteiligen uns nicht an diesem unseriösen Überbietungswettbewerb.“ Priorität müsse der Aufbau einer Betreuungsstruktur ab dem ersten Lebensjahr, der Ausbau von Ganztagsangeboten, flexible Angebote für berufstätige Familien und eine Verbesserung der Betreuungsqualität zugunsten von Bildung haben. „Verteilen Sie keine Steuer-geschenke, die niemand bezahlen kann“, rief sie den anderen Parteien zu.

Ursula Doppmeier (CDU) entgegnete, in den letzten fünf Jahren sei Familie für die rot-grüne Regierung doch „ein veralteter Gesellschaftsbegriff“ gewesen. „Wo waren denn da Ihre Konzepte?“ Löhrmanns Kritik begegnete sie mit dem Hinweis, konstruktive Konzeptentwicklung funktioniere so: „Wir müssen verschiedene Ansätze diskutieren und aus allen Ideen den größtmöglichen Synergieeffekt finden.“ Familie schafft Arbeit, setzte die Unionspolitikerin auf Absetzbarkeit von Betreuungskosten. Demgegenüber sei die Bilanz von Rot-Grün verheerend: „Eine Million Kinder leben von der Sozialhilfe, genau wie 350.000 allein Erziehende. Wer ein Kind bekommt und dann zurück in den Beruf will, darf nicht mehr auf die Behörden zählen.“ Die angemahnte Klarheit und Perspektive erhalte NRW nun durch Schwarz-Gelb – unter anderem durch ein breites Netz an Familienzentren.

Birgit Fischer (SPD) konterte, es habe sehr wohl in der Vergangenheit konsequente und kontinuierliche Perspektiven gegeben, die auch Schritt für Schritt umgesetzt wurden: „Die rot-grüne Koalition in NRW hat gerade der Familienpolitik eine hohe Priorität eingeräumt. Doch was geschieht nun? Weiß die eine Hand überhaupt noch, was die andere tut?“ Ministerpräsident Rüttgers rufe 2006 zum Jahr der Kinder

aus. Und wirklich? Da kürze der Landesvater massiv – bei den Kindergärten 116 Millionen Euro Sachkosten, bei der Bezuschussung der Kindergartenbeiträge 75 Millionen, und zwingen den Kommunen damit Beitragserhöhungen auf. „Sie versprechen populistisch Problemlösungen, ziehen sich aber aus der Verantwortung zurück“, forderte sie Perspektiven, wie man auch in NRW Kitas als verlässliche Betreuungsstätten stärken könne.

Christian Lindner (FDP) begrüßte die Einführung des Elterngeldes. Ansonsten leiste die Große Koalition in Berlin vor allem ganze Arbeit, indem sie „die Familien restlos verunsichert“. In NRW habe Schwarz-Gelb viel zum Ausbau der Betreuungssituation für unter Dreijährige getan: „Rot-Grün wollte zehn Prozent der Plätze zur Verfügung stellen. Das ist von uns auf 20 verändert worden.“ An der Beitragsfreiheit im ersten Kindergartenjahr halte seine Fraktion fest. Seit 1992 sei im Land die soziale Staffelung des Elternbeitrages nicht korrigiert worden. „So zahlen Eltern nur noch 13 Prozent, obwohl das Gesetz 19 vorsieht.“ Die wirksamste Familienpolitik, so Lindner, sei jedoch die Gewährung eines steuerlichen Grundfreibetrages für jedes Kind. Und der Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung.

Familienminister Armin Laschet (CDU) teilte ausdrücklich Sylvia Löhrmanns Prioritäten. „Das ist ungefähr das Programm dieser Landesregierung“, verwies er neben dem zusätzlichen Betreuungsangebot für unter Dreijährige auf 50.000 neue Ganztagsplätze an Hauptschulen und die Familienzentren. 80.000 Kinder in NRW kommen laut Laschet in Kindertagesstätten zusätzlich in den Genuss einer Sprachförderung. Leider habe man in Berlin nun einen Koalitionspartner, dessen Verlässlichkeit beim Thema Familienpolitik „eine geringere Haltbarkeit hat als jede Tüte Milch in NRW.“



Teufelskreis Kinderarmut

Junge Menschen geraten verstärkt ins soziale Abseits

Kinderarmut ist in Deutschland ein oft verdrängtes Thema. Anders als in Entwicklungsländern geht es in der wohlhabenden Bundesrepublik nicht ums physische Überleben. Kinderarmut wirkt hierzulande eher subtil, aber sie wirkt nicht minder. Die Auswirkungen auf Kinder können so massiv sein, dass ihre Lebenschancen dauerhaft beeinträchtigt werden. Aus armen Kindern werden oft auch arme Erwachsene. Betroffen sind Kinder aus Zuwandererfamilien, Kinder aus kinderreichen Familien sowie Kinder Alleinerziehender. In NRW ist mittlerweile jedes elfte Kind auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist es jedes siebte.

Als arm gilt, wer weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Monatseinkommens zur Verfügung hat. In NRW sind das derzeit 608 Euro. Kinderarmut lässt sich aber nicht nur am Einkommen der Eltern festmachen. Kinder aus sozial schwachen Familien sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt: Neben dem Mangel an materiellen Dingen fehlt es nicht selten auch an Zuwendung, Erziehung und Bildung. Hinzu kommen dann noch gesundheitliche Probleme, verursacht durch falsche Ernährung und Bewegungsmangel. Die betroffenen Kinder können sich im Unterricht schlechter konzentrieren und brechen häufiger die Schule ab. Bei Kindern ausländischer Eltern kommen Sprachprobleme erschwerend hinzu. Mangelhafte Bildung wiederum führt zu schlechten Berufschancen. Damit schließt sich der Teufelskreis Kinderarmut.

Ende 2004 lebten laut Statistischem Landesamt NRW (LDS) knapp 2,8 Millionen

Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in NRW. 251.213 der unter 15-Jährigen (neun Prozent) erhielten staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Jahre 1995 waren es 209.033 (7,2 Prozent). Nach einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat diese Zahl in Folge der Hartz-IV-Reform drastisch zugenommen: Der Verband bezifferte die Zahl der nordrhein-westfälischen Sozialgeldempfänger unter 15 Jahren im Juli 2005 auf 405.194 (14,5 Prozent).

Ungeachtet der Streitigkeiten über richtige oder falsche Zahlen: Fakt ist, dass die Armut bei Kindern in NRW trotz zahlreicher Bemühungen in den letzten Jahren zugenommen hat. Das haben nicht zuletzt der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht sowie der 8. Kinder- und

Jugendbericht der Landesregierung verdeutlicht. Für Kinder sozial schwacher Eltern ist vieles tabu, was für andere selbstverständlich ist: Nachhilfeunterricht, Sportverein, Musikschule, Taschengeld, Urlaubsreisen. In einigen betroffenen Familien steht nicht einmal jeden Tag ein warmes Essen auf dem Tisch. Karitative Einrichtungen wie die Tafeln, die bedürftige Menschen mit Lebensmitteln versorgen, berichten von einem verstärkten Zulauf von jungen Familien mit Kindern. Beispiel Duisburg: Hier hat ein gemeinnütziger Verein aufgrund der großen Nachfrage jetzt einen Mittagstisch nur für Kinder eingerichtet.

VERNACHLÄSSIGUNG

Mit steigender Kinderarmut wächst auch die Zahl der vernachlässigten Kinder. Die Gründe sind vielfältig: Einige, insbesondere junge Eltern, sind mit der Erziehung ihrer Sprösslinge schlichtweg überfordert. Andere sind beruflich so eingebunden, dass ihnen die Zeit fehlt, sich um ihre Kinder zu kümmern. Fälle von verwahten Kindern gehören bei vielen Kinder- und Jugendämtern schon zum „Alltagsgeschäft“. Im Jahre 2004 haben die Jugendämter in NRW 7.627 Kinder und Jugendliche in Notsituationen vorläufig unter ihren Schutz gestellt. Laut Schätzung des Kinderhilfswerks UNICEF werden in Deutschland rund 200.000 Kinder vernachlässigt oder misshandelt. Das Bundeskriminalamt bestätigt, dass die Zahl der bundesweit gemeldeten Fälle von Kindesmisshandlungen im Zeitraum 1996 bis 2004 von 1.971 auf 2.916 Fälle gestiegen ist.

Aus diesem Grund denkt das NRW-Generationsministerium darüber nach, von Geburt an regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen zur Pflicht zu machen. Auf diesem Wege, so hofft man, könnten neben Entwicklungsverzögerungen auch Vernachlässigung oder Gewalt gegen Kinder frühzeitig festgestellt werden.

Fest steht: Kinder brauchen eine stärkere Lobby. Bleibt zu hoffen, dass diesem Motto Taten folgen – im Interesse der Kinder. **ax**

Rückblick

Das Problem Kinderarmut war im Landtag Gegenstand von Beratungen. Erst im November 2005 hat der Landtag auf Betreiben der SPD-Fraktion die Einrichtung einer Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“ beschlossen. Bereits im Jahre 2002 hatte ein CDU-Antrag (Drs. 13/2959) intensive Beratungen nach sich gezogen, die sich bis ins Jahr 2004 erstreckten. Es folgen Ausschnitte aus der Plenardebatte vom 11. Oktober 2002.

Regina van Dinther (CDU): „Auch vor dem Hintergrund der Finanzknappheit muss klar sein, wo gespart werden muss und wo nicht gespart werden darf. Das Humankapital unserer Kinder zu beachten und zu fördern muss der wichtigste Leuchtturm nordrhein-westfälischer Politik sein.“

Annegret Krauskopf (SPD): „Wir haben deutlich gemacht, dass Chancengleichheit in Bildung und Beruf für uns das wirkungsvollste Instrument bleibt, um die Armut von Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen. Ein solch klares Konzept bleibt die CDU schuldig.“

Christian Lindner (FDP): „In Familien mit allein erziehenden Müttern leben mehr als die Hälfte aller sozialhilfeabhängigen Kinder. Geschuldet ist dies dem Umstand, dass wir in NRW immer noch ein zu geringes Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung haben. Das gilt es anzufassen.“

Ute Koczy (GRÜNE): „Wenn wir wissen, dass sich Sozialsysteme nur über einen langen Zeitraum verändern lassen, dann dürfte klar sein, dass es eine verfehlte Familienpolitik der letzten Jahrzehnte sein muss, deren Folgen wir jetzt zu spüren bekommen.“

Priorität für mehr Betreuung

Interviews mit den jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern

Familienpolitik erfährt momentan einen wahren „Boom“. Dabei sind die Probleme, die ins Zentrum der politischen Debatte gerückt sind, nicht neu. Die nordrhein-westfälische Gesellschaft ist eine alternde Gesellschaft. Die Geburtenrate sinkt kontinuierlich. Gleichzeitig steigt die Zahl junger Familien und Kinder, die auf staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind. So kann und darf es nicht weitergehen, darüber herrscht Einigkeit. An Lösungsansätzen mangelt es nicht. Doch in Zeiten knapper Kassen stoßen solche Überlegungen schnell an die Grenzen des Finanzierbaren. „Landtag intern“ sprach darüber mit Marie-Theres Kastner (CDU), Britta Altenkamp (SPD), Andrea Asch (GRÜNE) und Christian Lindner (FDP).

Der Ministerpräsident hat 2006 zum Jahr des Kindes erklärt. Gleichzeitig beklagen die Wohlfahrtsverbände die wachsende Zahl von Kindern, die mit ihren Eltern in Armut leben. Wie passt das in einem wohlhabenden Land wie NRW zusammen?

Kastner: Wenn man Jahre mit einem Thema versieht, dann möchte man damit in besonderer Weise auf die Lebenssituation derjenigen aufmerksam machen, die man in den Mittelpunkt stellen möchte. Das sind für das Jahr 2006 die Kinder und die Familien. In der Regel verzichten junge Erwachsene nicht etwa deshalb auf Nachwuchs, weil sie keine Kinder mögen. Viele junge Leute sind sich sehr wohl der Verantwortung bewusst, die Kinder mit sich bringen. Kinder brauchen Liebe und Zeit, aber auch Geld für Nahrung, Kleidung und vor allem Ausbildung. Wenn die Arbeitsplätze unsicher sind, wenn passgenaue Betreuungsmöglichkeiten fehlen, und wenn gerade deshalb die Partnerschaften an mancher Stelle gefährdet sind, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn weniger Kinder zur Welt kommen. Kinder zu haben, bedeutet ein finanzielles Risiko, und das ist umso größer, je niedriger das Einkommen der Eltern ist. Deshalb kann es auch in einem wohlhabenden Land wie NRW Armut geben. Das wollen und müssen wir hinterfragen und vor allem ändern. Wenn dazu das Jahr des Kindes beiträgt, kann man das nur begrüßen.

Altenkamp: Das „Jahr der Kinder“ ist in meinen Augen reine Marketingstrategie. Die Haushaltseckdaten hinterlegen diese großspürige Ankündigung nicht mit Inhalt. Richtig ist: Die Situation der in Armut lebenden Kinder hat sich durch die geänderte Sozial-

gesetzgebung weiter verschärft. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden sowie Kinder, die in Familien mit Migrationshintergrund aufwachsen. Politik muss hier gegensteuern. Zielrichtung der SPD ist es, nicht nur die Familien in den Blick zu nehmen, die bereits in Armut leben. Stattdessen müssen wir uns auch auf die Familien konzentrieren, die an der Schwelle zum sozialen Abseits leben und dafür sorgen, dass sie nicht abrutschen. Insbesondere die Ausweitung des Angebots von Kinderbetreuung und die Erleichterung des Zugangs zu diesen Angeboten sind im Rahmen des Umstellungsprozesses auf Hartz IV zu kurz gekommen. Das werden wir in diesem Jahr nachholen.

Asch: Es freut mich natürlich, dass Familienpolitik auch auf Landesebene in die Mitte der politischen Diskussion gerückt ist. Ich habe allerdings Probleme damit, dass der Ministerpräsident einerseits 2006 zum Jahr der Kinder erklärt und zum anderen gerade in diesem Bereich massive Kürzungen vornimmt. Das ist ein eklatanter Widerspruch. Davon betroffen sind unter anderem die Betriebskostenzuschüsse für indertageseinrichtungen, die Erziehungsberatungsstellen, die

Familienbildung sowie die Familienhilfe insgesamt. Das Gegenteil ist gefragt. Denn gerade arme und bildungsferne Familien brauchen ein gutes und verlässliches Betreuungssystem, um Förderdefizite ausgleichen zu können. Als „Trostpflasterchen“ für die Kürzungen fordert die Landesregierung jetzt die Schaffung von Familienzentren. Die Idee hierzu ist keinesfalls neu und im Grundsatz auch

nicht verkehrt. Aus Sicht der Grünen ist es jedoch unumgänglich, hierfür qualitative Mindeststandards verbindlich festzulegen. Stattdessen plant Minister Laschet ein



Marie-Theres Kastner (CDU)

ergebnisoffenes Verfahren. Das wird dem Ziel, die Angebote für Familien qualitativ weiterzuentwickeln, aus unserer Sicht nicht gerecht.

Lindner: Der Ministerpräsident hat das Jahr 2006 zum Jahr der Kinder erklärt, um deutlich zu machen, dass in diesem Bereich noch Anstrengungen unternommen werden müssen. Das bedeutet einerseits, dass wir verstärkt Eltern in die Erwerbstätigkeit bringen und damit zu Wohlstand verhelfen müssen. Wir haben hierzulande viel zu viele Familien, die von Sozialhilfe abhängig sind. Andererseits müssen wir die Betreuungs- und Fördermöglichkeiten für Kinder verbessern und ausbauen. Das fängt bei den Kindertageseinrichtungen an, geht über den außerschulischen Bereich wie Kinder- und Jugendzentren bis hin zu den Grund- und weiterführenden Schulen. Und genau das wird im Jahre 2006 mit der Verabschiedung des Schulgesetzes, mit der Einführung der Familienzentren sowie mit der Neuorientierung des Landesjugendplans umgesetzt werden.

Älter werdende Gesellschaft, sinkende Geburtenrate – früher sollte die Zuwanderung diese Lücke schließen. Ist das immer noch das Patentrezept?

Kastner: Zuwanderung war und ist nicht das Patentrezept, um unsere demographischen Pro-



Britta Altenkamp (SPD)

bleme zu lösen. Das ist schon deshalb nicht die Lösung, weil wir uns nicht aussuchen können, wer zu uns kommt. Wir sehen, dass in den letzten Jahren Menschen zu uns kommen, die wir mehr oder weniger unterstützen müssen, wenn sie sich hier heimisch fühlen sollen. Integration ist ein gesellschaftlicher Weg und auch ein finanzieller Aufwand. Wir erleben es Tag für Tag, welche praktischen Probleme wir bei der Integration lösen müssen. Ohne Sprache beispielsweise kann Integration kaum gelingen. Die Kinder haben weniger Chancen. Daher haben wir die Mittel für die Sprachförderung auf 15,6 Millionen Euro verdoppelt. Eine Lösung des demographischen Problems kann nur in Migration und in einer attraktiveren Politik für Familien bestehen. Wir können den Menschen das „Kinderkriegen“ nicht vorschreiben. Wir als Politik können aber sehr wohl die Grundvoraussetzungen für positive Entscheidungen schaffen.

Altenkamp: Wir müssen konstatieren: Nicht alle Hoffnungen von damals haben sich erfüllt. Heute wissen wir: Zuwanderung ohne eine gute Integrationspolitik multipliziert die gesellschaftlichen Probleme. Integrationspolitik muss daher den Fokus insbesondere auf die zweite und dritte Migrantengeneration richten und die Sozialpolitik sowie die Sozialsysteme besser auf deren Bedürfnisse ausrichten. Diese Gruppe ist noch nicht in unserer Gesellschaft angekommen. Vor fünfzehn Jahren hat man geglaubt, das würde automatisch passieren. Tatsächlich ist es so, dass Kinder dieser Generation im Hinblick auf Sprachkenntnisse und Sozialverhalten größere Schwierigkeiten aufweisen als die erste Generation. Hier müssen wir über besser greifende Konzepte nachdenken. Es gibt jedoch kein Patentrezept.

Asch: Patentrezepte gibt es hierbei nicht. Wir müssen versuchen, jungen Paaren die Entscheidung für Kinder zu erleichtern. Das können wir erreichen, indem wir ein Netz von besseren Betreuungsangeboten schaffen und den Eltern von Geburt an Hilfen zur Verfügung stellen, damit sie auch bei Berufstätigkeit ihre Kinder versorgt wissen. Dabei dürfen wir nicht die Belange von zugewanderten Familien außer Acht lassen. In vielen NRW-Ballungszentren liegt der Anteil der Kinder mit Migra-



Christian Lindner (FDP)

tionshintergrund bei circa 30 Prozent. Prognosen gehen davon aus, dass in zehn Jahren jedes zweite Kind in NRW einen Migrationshintergrund hat. Dieser Herausforderung müssen wir uns familien- und integrationspolitisch stellen.

Lindner: Ich warne davor, dass wir uns nur auf eine Lösung versteifen. Die Frage darf nicht lauten: Entweder

Zuwanderung oder Erhöhung der Geburtenrate? Selbstverständlich brauchen wir beides. Zum einen müssen wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unter dem Gesichtspunkt der Teilhabegerechtigkeit so unterstützen, dass sie sowohl am Arbeitsmarkt als auch am gesellschaftlichen Leben partizipieren können. Zum anderen müssen wir Anreize dafür schaffen, dass sich junge Menschen wieder dazu entschließen, Kinder zu bekommen. Laut Statistik bleiben mittlerweile rund 40 Prozent der Akademikerinnen kinderlos. Dem können wir insbesondere durch ein verbessertes Angebot im Bereich der Klein- und Kleinstkindbetreuung begegnen, damit sich junge Eltern nicht mehr vor die fatale Entscheidung Kind oder Beruf gestellt sehen.

Wann kommt in NRW der beitragsfreie Kindergarten für alle?



Andrea Asch (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Kastner: Der beitragsfreie Kindergarten ist zwar wünschenswert, aber jetzt und in absehbarer Zeit nicht finanzierbar. Ich glaube auch, dass wir vorher die Betreuungsangebote noch vermehren und passgenauer gestalten sollten, bevor wir zur Beitragsfreiheit kommen. Die Frage nach der Beitragsfreiheit hat viele Diskussionen ausgelöst. Das tut der Familienpolitik gut und zeigt auf, dass wir in der ganzen Republik noch eine ganze Menge tun müssen, um wirklich Kinder und ihre Familien optimal zu unterstützen.

Altenkamp: Ich hoffe, dass wir eines Tages in NRW den beitragsfreien Kindergarten haben werden. Für sinnvoll halte ich die Pläne der rheinland-pfälzischen Landesregierung, zunächst nur das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Daran sollte sich NRW ein Beispiel nehmen. Zweifellos würde dies eine deutliche Verschiebung von Schwerpunkten in den künftigen Haushaltsberatungen voraussetzen. Immerhin reden wir über eine finanzielle Mehrbelastung von ungefähr 100 bis 120 Millionen Euro. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass sich dieses ehrgeizige Ziel noch in dieser Legislaturperiode realisieren ließe. Ich finde es daher schade, dass die Landesregierung das gleich negiert und sagt, bis 2010 brauchen wir diese Diskussion gar nicht zu führen.

Asch: So sehr ich mir das wünschen würde, halte ich das in Anbetracht der begrenzten Ressourcen derzeit für unrealistisch. Da bin ich mit dem Familienminister einer Meinung. Was wir brauchen, ist ein flächendeckendes Netz von Betreuungsplätzen für Kinder, gerade für die unter Dreijährigen. Das muss oberste Priorität haben. Wenn wir dieses Ziel in der jetzigen Legislaturperiode erreichen sollten, kann man anschließend über beitragsfreie Kindertageseinrichtungen diskutieren.

Lindner: Voraussetzung dafür wäre eine finanzielle Verständigung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Auf unserer Prioritätenliste im Land steht allerdings die Konsolidierung des Landeshaushalts an erster Stelle. Zweitens müssen wir die Betreuungsinfrastruktur qualitativ und quantitativ verbessern. Wünschenswert wäre drittens, Familien auch finanziell beim Elternbeitrag zu entlasten. Dabei halte ich es angesichts der früher möglichen Einschulung für geboten, zunächst nur das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, damit der Entwicklungsstand des Kindes und nicht der Geldbeutel über den Einschulungszeitpunkt entscheidet.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.

Grünes Licht für erste Familienzentren

Landesregierung gibt 2,5 Millionen für 178 Piloteinrichtungen

„NRW soll das kinder- und familienfreundlichste Land Deutschlands werden“, so das erklärte Ziel der Landesregierung. Ein zentrales Element auf dem Weg dorthin soll die Umwandlung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren sein. Die Idee: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern wird mit Angeboten der Beratung und Lebenshilfe für Eltern unter einem Dach zusammengefasst. „Bereits ab Mitte Mai dieses Jahres soll in jedem der 178 Jugendamtsbezirke in NRW mindestens eine Pilotereinrichtung die Arbeit aufnehmen“, verkündete Familienminister Armin Laschet (CDU) jetzt im Generationenausschuss (Vorsitz Andrea Milz, CDU). Nach Meinung von SPD und Grünen handelt es sich hierbei um eine „Mogelpackung“, mit der Kürzungen im Sozialbereich kaschiert werden sollen.

Drei „B“ sollen Grundlage der vorschulischen Erziehung in den Familienzentren sein: Betreuung, Bildung und Beratung. Aus Kindergärten sollen Dienstleistungszentren für Kinder und Eltern werden. „Hilfe aus einer Hand“, lautet das Motto. Damit reagiere die Landesregierung auf den wachsenden Bedarf der Eltern an Beratung und Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Bildungs- und Erziehungsaufgaben. „Politik darf Eltern dabei nicht allein lassen, sondern muss Lösungs- und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten. Wir setzen auf Kompetenzen vor Ort. Eltern vertrauen den Einrichtungen, in denen ihre Kinder betreut werden. Deshalb ist das der beste Ort für Beratung“, so der Minister.

Zum Angebot der Familienzentren sollen unter anderem Sprachförderung, Weiterbildungsmaßnahmen, Erziehungstipps sowie die Vermittlung von Tagesmüttern zählen. Auf diesem Wege wolle man insbesondere auch Migrantenfamilien ansprechen, die oft Hemmungen hätten, auf Ämtern Rat zu suchen oder in eine Weiterbildungseinrichtung zu gehen.

Noch bis Ende März dieses Jahres sind alle Jugendämter, Kirchen und sonstige Träger im Land aufgerufen, dem Ministerium geeignete Pilotereinrichtungen zu benennen. Die Auswahl soll im Mai getroffen werden. Grundlage für die Auswahl sei, dass die Einrichtung neben ihrem Auftrag zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern eine Vernetzung der Angebote vor allem mit den örtlichen Familienberatungsstellen, den Familienbildungsstätten sowie den Familienverbänden vornehme.

Mitte Mai beginnt dann eine einjährige Pilotphase. Dabei sichert das Land den Einrichtungen Unterstützung in Form von Coaching bei der Konzeptentwicklung und deren Umsetzung sowie durch Fortbildung für die Leiterinnen und Leiter der Tageseinrichtungen zu. „Alle erfolgreichen Einrichtungen erhalten am Ende ein Gütesiegel“, erklärte Laschet. „Zudem werden die 25 besten Einrichtungen prämiert und mit einem Geldpreis ausgezeichnet.“

Der Minister betonte, dass es keinen einheitlichen Typ von Familienzentrum geben soll: „Der Prozess ist ausdrücklich ergebnisoffen und dialogisch angelegt.“ Denkbar seien drei Grundmodelle: Beim Modell „Unter einem Dach“ soll das komplette Betreuungs- und Beratungsangebot in den Räumlichkeiten der Kindertageseinrichtung untergebracht werden. Da, wo die räumlichen Gegebenheiten dies nicht zuließen, könnte die Tagesstätte als „Lotse“ fungieren, der Familien mit ihren Anliegen gezielt an die zuständigen Stellen weiterleite. Das Modell „Galerie“ gleicht dem ersten Modell, mit dem Unterschied, dass sich die Breite des Angebots nach den jeweiligen örtlichen Erfordernissen richten soll.

Für die Einführung der Zentren stellt das Land zunächst 2,5 Millionen Euro (bis 2007) zur Verfügung. „Die Pilotphase wird der Auftakt für die flächendeckende Einführung von Familienzentren in NRW“, sagte Laschet. Langfristig soll ein Drittel der rund 9.700 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren ausgebaut werden.

Kritik hagelte es von Seiten der Opposition: Britta Altenkamp (SPD), nannte die Ankündigung der Landesregierung „eine Luftbuchung“. Das eingeplante Geld reiche bei weitem nicht aus für eine bessere Betreuung und Beratung von Familien. Dem pflichtete die jugendpolitische Sprecherin der Grünen, Andrea Asch, bei: „Die Einrichtungen erhalten neue Aufgaben, müssen aber zugleich massive Kürzungen hinnehmen. Die Familienbildung 16 Prozent, die Erziehungsberatung ebenfalls 16 Prozent und die Kindergärten 100 Millionen Euro.“

Christian Lindner (FDP) hingegen lobte das vorgelegte Konzept als „Neustart in der Kindergartenpolitik des Landes“. Lob gab es auch von der Sprecherin der CDU, Marie-Theres Kastner: NRW setze mit der Entwicklung von Familienzentren ein wichtiges und zukunftsweisendes Zeichen im Bereich der Betreuung und Beratung von Kindern und Familien. **ax**

Minister Laschet stellt im Generationenausschuss sein Konzept vor. Rechts von ihm Ausschussvorsitzende Milz.

Foto: Schälte





Mit einem lachenden und einem weinenden Auge scheidet sie aus Nordrhein-Westfalen. Das bekannte Elzbieta Sobótka, Generalkonsulin für Hessen, Rheinland-Pfalz und NRW im Hauptausschuss. Sie war in Kattowitzer Tracht erschienen, um über den erfreulichen Stand der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Schlesien zu berichten. Ausschussvorsitzender Werner Jostmeier (CDU) hielt die Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen für genauso wichtig wie die Aussöhnung mit Frankreich. Sprecher der Fraktionen dankten einhellig der Generalkonsulin für ihr Wirken im Dienst von Zusammenarbeit und Verständigung und wünschten ihr viel Erfolg in ihrer neuen Tätigkeit. Auf unserem Bild von l. n. r.: Elzbieta Sobótka, Jostmeier und Wolfram Kuschke (SPD).

Foto: Schälte

Festakt und Tag der offenen Tür

Landtagspräsidentin stellt Planungen für das Landesjubiläum vor

In diesem Jahr wird das Land (und damit der Landtag) 60 Jahre alt. Zu diesem NRW-Jubiläum gibt es eine ganze Reihe von Veranstaltungen, mit denen der Landtag in eigener Regie oder zusammen mit Landesregierung und Landeshauptstadt Düsseldorf an die Entstehung des Landes erinnert – und zugleich Leistungen, Stärken und Perspektiven dieser Region mitten in Europa ins allgemeine Bewusstsein rückt. Über die Planungen berichtete Landtagspräsidentin Regina van Dinther im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU).

Sie erwähnte zu Beginn den gelungenen Start der Regionalabende, die unter dem Leitwort „Begegnungen im Landtag“ bis in den Dezember laufen werden. Der Anfang mit Ostwestfalen-Lippe sei ein schöner Erfolg gewesen. Die Abgeordneten aus dem Sauer- und Siegerland seien jetzt dabei, den nächsten Abend Mitte März vorzubereiten.

Die Präsidentin legte Wert auf die Feststellung, dass sich dabei Landtagsabgeordnete aller Fraktionen aus den Regionen engagieren. Sie laden Bürgerinnen und Bürger ein und stellen den Kontakt zu den Akteuren der Region her. Anfang Mai sind Aachen und die Eifel dran, das Ruhrgebiet folgt Mitte des Monats. Nach einer Pause, die der Fußballweltmeisterschaft geschuldet ist, geht der Bogen der Regionalabende weiter über Bergisches Land, Münsterland und den Niederrhein. Der Raum Köln/Bonn/Siebengebirge bildet dann den Abschluss.

Zwei besondere Höhepunkte nannte die Landtagspräsidentin. Den Tag der offenen Tür, mit dem sich der Landtag Ende August beteiligt, wenn sich Düsseldorf vom Burgplatz

bis zum Stadttor entlang des Rheins in einer bunten Mischung zur großen Bürgermeile verwandelt – das geschieht am 26. und 27. August.

Der andere Meilenstein ist der Festakt in der Tonhalle, mit dem Landtag und Landesregierung gemeinsam an die Eröffnung des Ernannten Landtags am 2. Oktober 1946 erinnern. Diese Veranstaltung mit anschließendem Empfang ist auf den 25. Oktober anberaumt.

Die Volksvertretung der nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger plant darüber hinaus eine Ausstellung des Landesarchivs (Eröffnung am 26. Oktober, zu sehen im Landtag bis 10. November). Dazu werden wissenschaftlich fundierte Führungen angeboten. Schon im März nimmt eine Veranstaltungsreihe mit Historikern ihren Anfang. Die Vereinigung von Landeshistorikern, der Brauweiler Kreis, hält wegen des Landesjubiläums seine diesjährige Tagung im Landtag ab.

Es werden auch Publikationen zur Entstehung des Landes und zu den Abgeordneten erscheinen, die damals die Politik gestalteten. Überlegt wird ein Projekt, bei dem Zeitzeugen wie die ehemaligen Landtagspräsidenten über

ihr Wirken Auskunft geben und die Aufgaben schildern, die in ihrer Amtszeit zu bewältigen waren. Vier Fachvorträge wie etwa zum Thema „Wie alles anfing – die Entstehung von Land und Landtag Nordrhein-Westfalen“ werden angeboten und runden die Veranstaltungsreihe ab.

GASTGEBER

Im Zusammenhang mit der Fußball-WM bereitet eine Arbeitsgruppe von Abgeordneten zwei Veranstaltungen vor: Am 31. Mai werden das FIFA-Organisationskomitee, Vertreter des Deutschen Fußballbunds, der WM-Botschafter und Vereine in den Landtag gebeten. Am 21. Juni sind dann in einem parlamentarischen Abend die Mannschaften zu Gast, die in NRW ihre Spiele austragen. Die Präsidentin: „Wir werden das WM-Motto „Zu Gast bei Freunden“ in Nordrhein-Westfalen mit Leben füllen.“ Es soll außerdem eine Möglichkeit gefunden werden, die Spiele in den Landtag zu übertragen, kündigte die Präsidentin an. JK

Verordnung auf dem Prüfstand

Sperrfristen bei Kündigung überflüssig oder unverzichtbar?

„Ein Gespenst geht um“, findet Falk Kivelip vom Landesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.: Die Angst vor den Investorengruppen, die Mieter nach der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen aus den Häusern vertreiben wollen. Davor schützt in 105 Gemeinden seit September 2004 die Kündigungssperrfristverordnung für eine Dauer von sechs bis acht Jahren. Die Landesregierung plant die Anpassung ans Bundesrecht, das nur eine Sperrfrist von maximal drei Jahren vorsieht. Dazu hörte der Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) Sachverständige.

Der Markt sei in weiten Teilen des Landes ausgeglichen. Teilweise bestünden sogar Wohnungsüberhänge, erklärten CDU und FDP ihre Unterstützung zum Vorhaben der Landesregierung. Daher gewährleisteten drei Jahre Sperrfrist die soziale Verträglichkeit. Die SPD-Fraktion hingegen beantragte, den Mieterschutz nicht unnötig aufzuweichen. Im Zuge der Privatisierung von öffentlichem Eigentum rollten geradezu Veräußerungswellen durch das Land, wodurch sich insbesondere ältere Bewohner verunsichert fühlten. Oftmals handele es sich bei den neuen Eigentümern um internationale Finanzgesellschaften, welche die hohen Renditeerwartungen ihrer Anleger nur durch Zerstückelung und Weiterverkauf von kleinsten Einheiten befriedigen könnten.

„Auch ohne eine Verordnung haben wir in NRW ein sozial ausgewogenes Mietrecht“, meinte Stephan Keller vom Städte- und Gemeindebund und untermauerte seine Position gegen die Verordnung mit einem Zitat von Montesquieu: „Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, es nicht zu machen.“

Anders sah das hingegen Hans-Peter Neuhaus von der Stadt Dortmund, der in der Anhörung auch für den Städtetag sprach. „Die

dreijährige Frist setzt ältere Menschen unter Druck, auszuziehen, solange sie noch mobil sind“, so seine Werbung für den Vertrauensschutz. Eine Beibehaltung der Klausel führe im Gegenzug hingegen nicht zu Leerständen und Abwanderung, sondern ermögliche ein Altern in gewohnter nachbarschaftlicher Umgebung.

Die gegenläufigen Statements der kommunalen Dachverbände erklären sich durch den stark ausdifferenzierten nordrhein-westfälischen Markt. Während in vom Städtetag vertretenen Großstädten Wohnungsnot herrscht, beklagen Orte im ländlichen Umfeld, die im Städte- und Gemeindebund organisiert sind, Leerstände.

LEERSTAND

„Ist dieser Differenzierung nicht durch das geltende Bundesgesetz bereits genüge getan?“ fragte Bernd Schulte (CDU). „In Gebieten mit Wohnungsleerständen kommen wir sogar ganz ohne Fristklausel aus“, bestätigte Ernst Uhing vom Bund deutscher Baumeister.

Roswitha Sinz vom Verband der Wohnungswirtschaft wollte den Vertretern der Mietervereinigungen ihre Sorgen nehmen. Verkäufe hätten

meist nur den Grund, für die Sanierung von renovierungsbedürftigen Gebäuden Liquidität zu schöpfen. „Diese Veräußerungen werden mit einer freiwilligen Sozialcharta begleitet“, versprach sie.

Mehr Bewegung im Markt forderte Falk Kivelip im Namen der freien Wohnungsunternehmer. „Glauben Sie im Ernst, dass der Markt dasselbe leisten kann wie der Staat, der in den 60-er Jahren in kürzester Zeit eine große Menge an preisgünstigem Wohnraum geschaffen hat?“ wollte Dieter Hilser (SPD) wissen.

„Ein staatlich überregulierter Markt kann dies sicher nicht“, lautete die Antwort. Auf der anderen Seite zeigten sich derzeit im Osten der Republik die Ergebnisse staatlichen Eingreifens, da dort mit öffentlicher Förderung errichtete Bauten wieder abgerissen werden müssten.

Damit waren aber die Bedenken der Mietervertreter nicht zu zerstreuen. Die Abschaffung der Kündigungssperrfristverordnung sei geradezu eine Einladung an internationale Unternehmen, sich in NRW einzukaufen, um auf Kosten der Menschen die historisch gewachsenen Siedlungen zu zerschlagen, warnte Bernhard von Grünberg im Namen des deutschen Mieterverbands. Die Menschen, die den Verlust ihrer vier Wände fürchteten, würden förmlich zum Kauf erpresst.

„Eine Wohnung ist keine Ware im herkömmlichen Sinne, die nach Gebrauch entsorgt wird, sondern das Heim der Bewohner, zu dem diese natürlich eine emotionale Bindung verspüren“, schloss sich Helmut Lierhaus vom Mieterverband Dortmund an. Eine Sperrverordnung schütze besser als Sozial- und Härtefallklauseln, denn: „Wer kann sich überhaupt leisten, sein Recht einzuklagen?“ Horst Becker (GRÜNE) ergänzte: „Gerade für ältere Menschen ist es fast unmöglich, einen Kredit zu bekommen, um die ehemalige Mietwohnung zu erwerben.“ YV

Gern gesehener und regelmäßiger Gast auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin ist der nordrhein-westfälische Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, hier mit seiner Vorsitzenden Marie-Luise Fasse (3.v.r. vordere Reihe, in der Bildmitte Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg, beide CDU). Der Ausschuss nutzte die größte europäische Fachmesse für Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft, um sich in den Messehallen zu informieren und den Gedankenaustausch mit nationalen und internationalen Politikern und Fachleuten des Agrarsektors zu suchen. Auch Landwirtschaftspolitiker anderer Bundesländer und Vertreter des Gartenbaus treten bei dieser Gelegenheit gern mit den nordrhein-westfälischen Parlamentariern in Kontakt.



Parlament unterstützt Bewerbung

Ruhrgebiet ringt um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“

Die eindrucksvolle Kulisse der Zeche Zollverein in Essen stimmte die Mitglieder des Kulturausschusses (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) auf den ersten Tagesordnungspunkt ihrer Sitzung ein: Bewerbung Kulturhauptstadt Essen. Eingeladen waren dazu zwei Referenten, der Essener Oberbürgermeister, Dr. Wolfgang Reiniger (CDU), und der Kulturdezernent der Stadt Essen, Dr. Oliver Scheytt.

Stellvertretend für das Ruhrgebiet tritt die Stadt Essen als Gegenkandidat zur sächsischen Stadt Görlitz um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ an. Eine Jury bestehend aus sieben Experten der Bereiche Kultur, Architektur, Städtebau und Regionalpolitik entscheidet letztendlich, wer das Rennen macht. Ein Votum wird im März oder April 2006 erwartet. Mitte Januar übergab die Essener Stadtspitze gemeinsam mit dem NRW-Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer (CDU), die offizielle Bewerbung an die Europäische Kommission.

Der Essener Oberbürgermeister versicherte, dass es „gute Kontakte“ zu dem Konkurrenten Görlitz gebe und die Stadt Essen eine „faire Auseinandersetzung“ unterstütze. „Unsere Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2010 war ein voller Erfolg – nach innen und außen. Nach innen, weil die Bewerbung eine identitätsstiftende Wirkung hat; nach außen, weil das Ruhrgebiet und die Stadt Essen so von der breiten Öffentlichkeit in ihrer Vielfältigkeit wahrgenommen werden“, so der Essener Oberbürgermeister.

Von dem berühmten Hagener Kunstsammler und Begründer der Folkwang-Idee, Karl Ernst Osthaus, stammt das Leitmotto der Bewerbung: „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel.“ Kultur sei als Motor der Verwandlung zu verstehen, erklärte Scheytt. Der Kulturdezernent sieht die Region vor allem als Modell für

Europa und des friedlichen Zusammenlebens. So präge Migration seit 150 Jahren den Alltag im Ruhrgebiet. Heute leben im drittgrößten Ballungsraum Europas (nach Paris und London) Menschen aus 150 Nationen zusammen und treten tagtäglich den Beweis der gelebten Toleranz an.

Scheytt hob das Projekt zur Städtepartnerschaft „Twins 2010“ hervor, dessen Startschuss in den Zeitraum vom 3. bis zum 5. Februar fällt. Zu dieser internationalen Vorbereitungskonferenz werden Vertreter der 141 Partnerstädte eingeladen, die zusammen das Gastprogramm für das Jahr 2010 ausarbeiten.

MOBILITÄT

Neben den bereits bestehenden kulturellen Attraktionen wie der Philharmonie Essen, dem Landschaftspark Duisburg-Nord, der Ruhr-Triennale oder den Ruhrfestspielen Recklinghausen gebe es in Sachen Mobilität noch viel zu tun. Durch ein Mobilitätskonzept sollten unter anderem die Bahnhöfe der Großstädte Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund zu „Kulturhauptstadtbahnhöfen“ umfunktioniert werden. Eine Verbindung zwischen den Bahnhöfen und der Zeche Zollverein ist

geplant, um dort Gäste im Internationalen Besucherzentrum zu empfangen.

„Die Kulturhauptstadt 2010 endet nicht mit dem Jahr 2010“, betonte der Kulturdezernent. Ziel sei es, nachhaltige Impulse für den Tourismus und die Infrastruktur im Ruhrgebiet etwa viereinhalb Millionen Menschen. Falls sich das Ruhrgebiet 2010 „Kulturhauptstadt Europas“ nennen darf, werde die Zahl der Übernachtungen schätzungsweise um eine Million ansteigen.

Scheytt kam am Ende auch auf das (unliebsame) Thema Finanzierung zu sprechen. Das augenblickliche Budget von 48 Millionen Euro müsse erhöht werden. Zu den Sponsoren zählten bis jetzt hauptsächlich Essener Unternehmen, die das Projekt als „Private-Public-Partnership“ mittragen. Claudia Nell-Paul (SPD) schlug vor, EU-Parlamentarier und Mitglieder des Ausschusses der Regionen um weitere finanzielle Hilfe zu bitten. Ausschussvorsitzender Dr. Fritz Behrens nannte das Vorhaben ein „sehr ehrgeiziges Projekt“ und versicherte, dass der Kulturausschuss alles tun werde, um das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt 2010 zu unterstützen.

BK

Der Finanzierungsplan besteht aus einer Basisfinanzierung und einer Ausbaufinanzierung. Die Ausbaufinanzierung soll das Budget durch einen „Matching Fund“ zwischen privater und öffentlicher Hand auf insgesamt 60 Millionen Euro anheben.

Die Basisfinanzierung (48 Millionen Euro) setzt sich wie folgt zusammen:

Regionalverband Ruhr	12 Millionen
Stadt Essen	6 Millionen
Sponsoren	8,5 Millionen
Europäische Union	500.000
Bund	9 Millionen
Land Nordrhein-Westfalen	12 Millionen



Montage: Schälte

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 20. Februar 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Droht ein starker Anstieg von Straftaten Rechtsextremer in NRW? Dieser Frage ging jetzt der **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde nach. Anlass hierfür war ein Bericht in der „Welt am Sonntag“, wonach die Zahl rechtsextremistischer Straftaten in NRW 2005 im Vergleich zum Vorjahr deutlich, möglicherweise um bis zu 50 Prozent, ansteigen soll. Tatsächlich habe die Zahl rechtsextremistischer Straftaten laut bisheriger Datenlage um 344 Fälle zugenommen, berichtete Landeskriminaldirektor Rolf Behrendt für das Innenministerium. Das entspreche im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einem Zuwachs von knapp 16 Prozent. Entgegen der Darstellung der „Welt am Sonntag“ sei bei den Gewalttaten jedoch lediglich ein geringer Anstieg zu verzeichnen, nämlich von 132 Fällen in 2004 auf 135 in 2005. Einen deutlichen Zuwachs habe es jedoch bei den so genannten Propagandadelikten wie „Hakenkreuzschmierereien“ gegeben. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl dieser Delikte um 298 Fälle auf 1.787 (plus 20 Prozent). Dies lasse sich durch die gestiegene Anzeigebereitschaft der Bevölkerung sowie die konsequente Strafverfolgung durch die Polizei erklären, so Behrendt.

+++

Im November vergangenen Jahres fiel in NRW der Startschuss für das so genannte „Werkstattjahr“ für Jugendliche, die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt haben. Im Rahmen von Betriebspraktika sollen Jugendliche ohne Lehrstelle

ein Jahr lang erste handwerkliche Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben. Auf Antrag der GRÜNE-Fraktion thematisiert der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) das Werkstattjahr jetzt nochmals im Rahmen einer öffentlichen Anhörung. Sitzungsbeginn ist am 8. Februar, 9 Uhr, im Plenarsaal.

+++

Um Staus zu minimieren, soll in NRW an Autobahnbaustellen künftig tagsüber länger sowie nachts und an Wochenenden häufiger gearbeitet werden. Das sieht ein vorläufiges Eckpunktpapier zu einem verbesserten Baustellenmanagement in NRW vor, das Verkehrsminister



Oliver Wittke (CDU) dem **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) präsentierte. Demnach sollen neben der erwähnten Mehrarbeit eine frühzeitige und vorausschauende Koordination von Baustellen, der Aufbau eines Baustelleninformationssystems, eine beschleunigte Beseitigung von Engpässen sowie die vermehrte Mitbenutzung des Seitenstreifens zur Vermeidung unnötiger Staus beitragen. Das fertige Gesamtkonzept will Wittke dem Parlament im Frühjahr vorlegen. Durch das neue Baustellenmanagement sollen, so die Hoffnung des Ministers, Verkehrsfluss und

Verkehrssicherheit auf nordrhein-westfälischen Autobahnen gleichermaßen merklich erhöht werden.

+++

Landesregierung und Opposition streiten weiter über eine angebliche Imagekampagne für Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). Regierungssprecher Thomas Kemper (CDU) wies im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) erneut den Vorwurf der SPD-Fraktion zurück, die Staatskanzlei plane eine millionenschwere Kampagne. Die SPD stützt ihre Vorwürfe auf ein jetzt bekannt gewordenes Papier aus der Staatskanzlei mit der Überschrift „Grundlagen einer Standort-Kampagne Nordrhein-Westfalen“. In dem achtseitigen Papier aus dem August 2005 heißt es, die Kampagne dürfe „nicht den Verdacht wecken, verkappte Öffentlichkeitsarbeit für die Landesregierung oder für die Person des Ministerpräsidenten zu sein“. Die Kampagne könne aber „die Wirksamkeit und die Reichweite von Landespolitik“ verbessern. Kemper sagte, der Vermerk sei Teil einer ganzen Reihe von Ideenskizzen, die Rüttgers im September 2005 vorgelegt worden seien. Der Ministerpräsident habe die Vorschläge jedoch abgelehnt. Darum seien hierfür auch keine Mittel für den Haushalt 2006 angemeldet worden, so Kemper.

+++

Im Strukturwandel des Ruhrgebiets sieht die SPD-Fraktion eine der zentralen politischen Aufgaben der Landes-, Bundes- und der europäischen Regionalpolitik. Daher müsse das Ruhrgebiet weiterhin Schwerpunkt der Strukturförderung der Förderperiode 2007 – 2013 bleiben. Formuliert wird diese Forderung in einem SPD-Antrag (Drs. 14/467), der jetzt Gegenstand einer öffentlichen Expertenanhörung im **Hauptausschuss** ist. Anberaumt wurde die Sitzung für den 9. Februar, 10 Uhr, im CDU-Fraktionssaal (E 3 A 02).

Reform der Gemeindeordnung

Über die kommunalpolitischen Ziele der Fraktionen des Landtags NRW in der 14. Wahlperiode – so das Thema der Veranstaltung – gaben die kommunalpolitischen Sprecher von CDU, Rainer Lux, von SPD, Hans-Willi Körfges, sowie Grünen, Horst Becker, und Horst Engel (FDP) Auskunft. Das taten sie im Rahmen einer Podiumsdiskussion im Landtag, zu der das Institut für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften NRW (IKV) eingeladen hatte. Den Schwerpunkt der vom Direktor des Instituts, Professor Dr. Albert

Günther, geleiteten Diskussion bildete die Reform der Gemeindeordnung – hier besonders die Verlängerung der Wahlzeit des Bürgermeisters, die Abgrenzung der Aufgaben von Rat und Bürgermeister sowie die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Ein Bericht über die Veranstaltung findet sich unter www.ikv-nw.de

Diskutierten vor einem interessierten und versierten Publikum (v.l.): Horst Engel (FDP), Rainer Lux (CDU), Hans-Willi Körfges (SPD) und Horst Becker (GRÜNE). In der Mitte Moderator Professor Günther.



Störche unter die Fittiche genommen

In 20 Jahren das Natur- und Kulturerbe des Landes gefördert

Wetten für den guten Zweck? In Nordrhein-Westfalen geht das seit 20 Jahren. So lange gibt es die NRW-Stiftung für Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege. Die Schönheit und Vielfalt des Natur- und Kulturerbes erhalten, bürgerliches Engagement fördern sowie Öffentlichkeitsarbeit für diese drei Bereiche – das sind seit zwei Dekaden die Aufgaben der bundesweit einmaligen Einrichtung. Finanziert wird die gemeinnützige Stiftung vor allem aus den Erlösen von Rubbellos-Lotterie und Oddset-Sportwetten.



Astropeiler

Foto: Stapelfeldt

Angefangen hat alles mit drei Projekten: Im Frühjahr 1987 startete die Restaurierung des Förderturms der Zeche „Erin“ in Castrop-Rauxel. Gleichzeitig engagierte sich die Stiftung bei der Instandsetzung des Aachener Marienschreins. Und auch die Störche im Kreis Minden-Lübbecke gehören von Anfang an zu den Schützlingen der NRW-Stiftung. Gerade noch vier wild lebende Weißstorch-Paare gab es vor ein paar Jahren in ganz NRW. Dank des Aktionskomitees „Rettet die Weißstörche im Kreis Minden-Lübbecke“ haben sich rund um Petershagen heute wieder 19 Brutpaare niedergelassen.

„Wir sind das Einwohnermeldeamt für die Störche“, erklärt „Storchenvater“ Dr. Alfons Bense. Um den genauen Überblick über den Storchbestand zu gewinnen, werden sämtliche Jungstörche registriert. Die Ringe gleichen einem Reisepass und können mit dem Fernglas abgelesen werden. Sogar eine E-Mail-Adresse steht darauf. Bevor die Zugvögel im April aus Afrika zurückkehren, montieren die Storchfreunde Nisthilfen.

Weil Meister Adebar zum Überleben Feuchtgebiete braucht,

hat die Nordrhein-Westfalen-Stiftung über 400 Hektar Land im Kreis Minden-Lübbecke gekauft. Außerdem hat der Verein „Denk Mall! Windheim No. 2“ mit Hilfe der Stiftung einen mehr als 300 Jahre alten, denkmalgeschützten Fachwerkbau in Petershagen renoviert und im Dachgeschoss ein Storchmuseum eingerichtet. Dort erfahren Besucher Interessantes über die Verbreitung der Störche in der Weseraue und ihre Rolle in der Mythologie.

Nur eines von mehr als tausend ganz verschiedenen Projekten, die landauf landab mit



Junge Störche in Petershagen

Foto: Langemeier

Hilfe der 6.200 Mitglieder des Fördervereins Nordrhein-Westfalen-Stiftung verwirklicht werden konnten. Dort engagieren sich neben Einzelpersonen auch 99 Städte, 26 Kreise, 29 Gemeinden sowie Vereine, Firmen und Verbände. Präsident von Stiftung und Förderverein ist Staatsminister a. D. Franz-Josef Kniola. Dem Stiftungsrat steht Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vor. Allein 2005 hat die Stiftung 6,4 Millionen Euro für 90 Biotop-, Baudenkmal- und Museen zur Verfügung gestellt. Unterstützt wird sie dabei auch von prominenten Paten wie dem kürzlich verstorbenen Hanns Dieter Hüsch oder dem Wissenschaftsjournalisten Jean Pütz.

Das wohl aufsehenerregendste der neuen Projekte steht auf dem Stockert bei Bad Münstereifel, der „Astropeiler“. 200.000 Euro hat die Stiftung in den Kauf des denkmalgeschützten Radioteleskops gesteckt. Der dort ansässige Förderverein soll das 1956 errichtete Gebäude als Denkmal der Technikgeschichte erhalten und öffentlich zugänglich machen.

Dessen „Schüssel“ hat einen Durchmesser von 25 Metern und sicherte seinerzeit der Bundesrepublik den Anschluss an die noch junge Radioastronomie. Die ausgefeilte Technik des Teleskops machte im Kalten Krieg den Horchposten auch für die Militärs interessant. 1964 räumte die Armee den Stockert und überließ ihn den Radioastronomen der Uni Bonn. Seit die Forscher vor mehr als zehn Jahren ebenfalls den Rückzug antraten, kümmert sich der Förderverein um das Denkmal der Technikgeschichte. Dem geschichtsträchtigen Ort scheint somit eine zweite „Karriere“ gesichert – zumal die Stiftung sich hier weiter engagieren will.

Wer sich über die Arbeit der Stiftung informieren möchte, ist vom 1. bis 10. Februar im Landtag an der richtigen Adresse. Dort macht die Fotoausstellung „Wunderschönes NRW“ Station. Eröffnet wird sie im Rahmen der Preisverleihung des Fotowettbewerbes „Wunderschönes NRW: Mein Lieblingsprojekt der NRW-Stiftung“ von Landtagspräsidentin Regina van Dinter. Anlässlich des „runden“ Geburtstags der Stiftung findet am 1. Februar ein Parlamentarischer Abend statt. Infos über die Stiftung gibt es unter www.nrw-stiftung.de für Erwachsene und für Kinder unter www.nrw-entdecken.de. **vol**

CDU

Hein Driessen – Ein Urgestein des Niederrheins

Im CDU-Foyer des Düsseldorfer Landtags leuchten zurzeit die Farben des Niederrheins. Rund 150 Besucher waren zur Eröffnung der Ausstellung „Hein Driessen: Der Maler vom Niederrhein“ erschienen. Als einen „Freund der Lebenskunst“ charakterisierte der NRW-Finanzminister Helmut Linssen in seiner Eröffnungsrede den Maler. Der Niederrheiner an sich habe eben seinen ganz eigenen Charme. Linssen: „Wenn ich einem Düsseldorfer die niederrheinische Lebensart erklären muss, dann pflege ich zu sagen: Der Niederrhein hat die Weltoffenheit des Rheinländers und die Zuverlässigkeit des Westfalens.“

Genau diese Eigenarten der Menschen und der Landschaft spiegeln Driessens Bilder wider. Neben wunderschönen, farbenfrohen Landschaftsbildern, „Bauer Jan“ oder einer „Schafherde am Niederrhein“ und dem „Stier von Barcelona“, findet man in der Ausstellung auch ein Porträt von Hanns Dieter Hüsch, dem die Ausstellung gewidmet ist. Bis zum 28. März 2006 bietet die CDU-Fraktion jedermann die Möglichkeit, die ausgewählten Kunstwerke des Malers zu bewundern. Einzige Voraussetzung für den Besuch der Ausstellung ist eine persönliche Anmeldung unter 0211/884-2267.



GRÜNE

Grüne: Integrierte Gesamtverkehrsplanung nach Recht und Gesetz!

Für das Land Nordrhein-Westfalen ist die Integrierte Gesamtverkehrsplanung (IGVP) gesetzlich geregelt. Demnach hat die Landesregierung den Auftrag, eine Integrierte Gesamtverkehrsplanung aufzustellen, mit dem Ziel einer breiten Verständigung auf verkehrspolitische Zielsetzungen mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Das Gesetz geht zurück auf die Arbeiten der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität in NRW“, die sich sehr grundsätzlich und umfassend mit Möglichkeiten zur Lösung der zukünftigen Verkehrsaufgaben auseinander gesetzt hat. Die Empfehlungen der Enquetekommission in dem Zwischenbericht und der Auftrag an die Landesregierung, eine Integrierte Gesamtverkehrsplanung für das Land zu erarbeiten, wurden jeweils mit den Stimmen aller Fraktionen im Landtag beschlossen.

Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf für die Bedarfs- und Ausbaupläne ist keine Integrierte Gesamtverkehrsplanung. Dem derzeit laufenden Beratungsverfahren in den Regionalräten zur Priorisierung der Bedarfspläne fehlt die Grundlage und damit entspricht das von der Landesregierung gewählte Verfahren nicht der gesetzlichen Grundlage. Aus diesem Grund hat die GRÜNE-Fraktion einen Antrag (Drs. 14/1113) formuliert, mit dem die CDU/FDP-Landesregierung aufgefordert wird, eine tatsächliche Umsetzung nach Recht und Gesetz vorzulegen.

Nach Vorstellung der neuen Landesregierung soll es einen prinzipiellen Vorrang für die Schiene allein nicht mehr geben. Auch dies entspricht nicht den gesetzlichen Grundlagen, denn dort ist festgelegt, dass „den öffentlichen Verkehrsträgern der Vorrang gebührt“. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Regionalräte angesichts des drohenden Wegfalls vieler ÖPNV-Projekte und auch vor dem Hintergrund der massiven Kritik des Städtetages bei ihren Beratungen positionieren.

SPD

SPD: Elternrechte bewahren

Bei der Abschaffung des Elternwillens durch die Einführung verbindlicher Grundschulgutachten geht es der schwarz-gelben Landesregierung nicht um das Wohl der Kinder, sondern um ein fragwürdiges Selektionsprinzip. Es bedeutet eine Entmündigung der Eltern, die eigentlich noch viel stärker in den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule eingebunden werden müssen“, erklärte Renate Hendricks, Bildungspolitiklerin der SPD-Landtagsfraktion, zur Begründung des SPD-Antrages „Elternrechte bewahren“. CDU und FDP raubten den Eltern das Recht, an entscheidender Stelle über den Bildungsverlauf ihrer Kinder zu bestimmen, obwohl gerade Mütter und Väter in Deutschland den stärksten Einfluss auf den Schulerfolg haben. Hendricks: „Die Eltern in Nordrhein-Westfalen haben gegen die schulpolitische Regulierungswut den schärfsten Protest angekündigt. Wir finden zu Recht. Es darf in NRW keine Aushöhlung des Elternrechtes geben.“ Hendricks erläuterte, dass nach Angaben von Schulministerin Sommer 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler die richtige Schule besuchten. „Das ist ein gar nicht so schlechtes Ergebnis. Es belegt: Eltern sind eine gute Findungsinstanz. Es gibt also überhaupt keinen Grund für den schwarz-gelben Aktionismus und Dirigismus, mit dem die Eltern in ihren Rechten beschnitten werden sollen“, sagte Hendricks.

FDP



Foto von rechts nach links: Gerhard Papke, Angela Freimuth, Thorsten Hülsberg, Christian Lindner.

Europa“ lautet der Titel einer Ausstellung des Leverkusener Künstlers Thorsten Hülsberg, die bis zum 23. März vor den Räumen der FDP-Landtagsfraktion besucht werden kann. Hülsberg ist der erste Künstler im neuen Jahr, der im Rahmen einer Ausstellungsreihe der FDP-Fraktion seine Werke präsentiert. Unter dem Titel „Europa“ zeigt Hülsberg Schwarzweißfotografien und Leinwandarbeiten, die sich mit seinem Projekt „Art für Europa – Kunst für Europa“ beschäftigen. Vorrangig geht es dabei um die Dokumentationen von Kunst und Kultur in Europa. Die Werke stellen eine Verbindung von Emotionalität und Realität dar, die den Betrachter wachrütteln und zum Denken und Handeln bewegen sollen.

Bei der Vernissage Mitte Januar konnte der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Gerhard Papke, auch Vertreter aus benachbarten europäischen Ländern begrüßen. Zu den Gästen zählten Generalkonsul Werner Ballmer vom Schweizerischen und Generalkonsul Florian Vodita vom Rumänischen Konsulat sowie den Leiter der Außenstelle der Botschaft der Slowakischen Republik, Milan Matlák und Galina Tzvetanova, und Antoni Tarnitzov von der Bulgarischen Botschaft. In seiner Ansprache stellte Papke die Bedeutung der Kultur in Europa heraus. „Kultur verbindet, und Kunst und Kultur sind der effektivste Weg zu einer gesellschaftlichen Verständigung in allen Ländern“, sagte er. Fraktionsvize Christian Lindner stellte den künstlerischen Werdegang Hülsbergs vor. Angela Freimuth, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion sowie Vizepräsidentin des Landtags, führte die Besucher in die Werke des Leverkusener Künstlers ein.



Porträt der Woche: Carina Gödecke (SPD)

Es gab eine Zeit im Leben von Carina Gödecke, da hat ihr die Bildungspolitik der eigenen Partei einen Strich durch ihre Zukunftspläne gemacht. Als gerade fertig studierte Lehrerin für Chemie und Pädagogik fand sie 1986 keine Anstellung – ihre Fächerkombination war nicht gefragt. Doch das ist längst wieder gut gemacht: Carina Gödecke bekleidet seit Mai 2000 als parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion einen wichtigen Posten im Politikgefüge des Landtags.

Und was macht eine parlamentarische Geschäftsführerin? „Alles“, sagt Carina Gödecke, und zählt auf: Sie bereitet die Tagesordnungen für Fraktion und Vorstand vor, sie ist Dienstvorgesetzte der Mitarbeiter und für die Fraktionsfinanzen zuständig, sie kommuniziert mit den anderen Fraktionen, berät mit ihnen die Tagesordnung der Plenarsitzungen. „Der Job bietet eine Menge Einflussmöglichkeiten. Ich bin in alle thematischen und strategischen Überlegungen eingebunden.“ Viel Arbeit in der zweiten Reihe. Für sie sei das kein Problem, sagt die 47-Jährige. „Man muss unauffällig und uneitel im Hintergrund arbeiten können. Das kann ich. Die erste Reihe habe ich, wenn ich als Landtagsabgeordnete in meinem Wahlkreis in Bochum bin.“

Dort ist Carina Gödecke auch aufgewachsen. „Ich stamme aus einer durch und durch sozialdemokratischen Familie.“ Der Vater hat Anfang der 60er-Jahre das Opel-Werk mit aufgebaut. Beide Eltern saßen im Rat der Stadt, der Vater drei, die Mutter zehn Jahre lang. Politi-

sche Besprechungen fanden oft im Wohnzimmer der Gödeckes statt. Und wenn die Ratsfrau und Mutter mal keine Zeit zum Kochen hatte, gingen Carina und ihr Bruder nach der Schule in die Rathaukantene und blieben auch zu der einen oder anderen Sitzung da. Mit 14 wurde Carina Gödecke Ortskassiererin der Partei. „Wenn Geld gefehlt hätte, hätte mein Vater was drauflegen müssen“, lacht sie heute. Alle drei Monate besuchte sie die Sozialdemokraten im Stadtteil Laer und sammelte die Mitgliedsbeiträge ein – mindestens 2,50 DM im Monat waren dann fällig. „Da konnte man auch sehen, wer keine Lust hatte zu bezahlen, oder wer kein Geld hatte...“, erinnert sich die Landtagsabgeordnete.

KÄMPFERIN

Mit 16 trat Carina Gödecke in die SPD ein. Nach dem Studium arbeitete sie für den damaligen Landtagsabgeordneten und späteren Bochumer Oberbürgermeister Ernst-Otto Stüber, später als pädagogische Referentin beim Heinz-Kühn-Bildungswerk in Dortmund. Von ihren 31 Jahren als Parteimitglied hat Carina Gödecke 20 Jahre in klassischen Funktionen verbracht – in der Bochumer SPD wie im Rat der Stadt. Als 1994 mitten im Kommunalwahlkampf plötzlich das Landtagsmandat von Ernst-Otto Stüber frei wurde, setzte Carina Gödecke sich durch. „Keiner der Männer, die noch in Frage kamen, war so

gut wie ich. Das hat den Ausschlag gegeben.“ Sie sagt das, ohne mit der Wimper zu zucken. Sie sagt auch: „Ich bin eine Kämpferin, auch wenn man mir das nicht ansieht. Und ich bin sehr ehrgeizig, aber nicht unangenehm ehrgeizig.“

Seit den von der SPD verlorenen Landtagswahlen 2005 bildet Carina Gödecke nun mit der Vorsitzenden Hannelore Kraft das Führungsgespann der Fraktion. Dürfen Frauen das jetzt, weil die Männer nicht soviel Interesse haben an der Opposition? Carina Gödecke weist so einen Gedanken entschieden zurück. „Wir sind keine Platzhalter.“ Und noch ein Vorurteil kann sie widerlegen: „Es ist nicht so, dass Opposition depressiv macht.“

Auch privat hat sich für die Bochumerin in den letzten Monaten einiges verändert. Nach einer Trennung gibt es nun einen neuen Lebenspartner. Außerdem will sich die Abgeordnete mehr Zeit für Privates nehmen und etwa ihren Garten neu gestalten. Carina Gödecke macht den Eindruck, als gin-ge sie bei all diesen Neuanfängen mit Freude ans Werk.

Autorin:
Beate Becker



Ein ausführliches Informationsgespräch stand auf dem Programm der zweiten Sitzung der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe. Der Vorsitzende der Gruppe, Landtagsvizepräsident Edgar Moron (L), konnte dazu den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel (r.), begrüßen. Die Parlamentariergruppe, die auf derselben Sitzung Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende der Grünen, zu ihrer stellvertretenden Vorsitzenden wählte, will bald in Berlin das Gespräch mit Shimon Stein, dem israelischen Botschafter, suchen. Die deutsch-israelische ist eine der sechs Parlamentariergruppen, die sich inzwischen zur Förderung des internationalen Meinungsaustauschs im Landtag der 14. Wahlperiode gebildet haben.

Foto: Schälte



LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 3. bis 15. Februar 2006

3. 2. Gisela Walsken (SPD)	48
4. 2. Reiner Priggen (GRÜNE)	53
9. 2. Walter Kern (CDU)	52
10. 2. Peter Biesenbach (CDU)	58
10. 2. Norbert Killewald (SPD)	45
11. 2. Manfred Luckey (CDU)	57
15. 2. Holger Ellerbrock (FDP)	58

Karl Grüter, CDU-Landtagsabgeordneter von 1970 bis 1980, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Der gebürtige Riesenbecker war im Landtag von 1975 bis 1980 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Grubensicherheit. Er arbeitete lange Jahre in leitender Funktion in der Gewerkschaftsbewegung und war kommunalpolitisch aktiv: als Bürgermeister der Gemeinde Riesenbeck und stellvertretender Bürgermeister der Stadt Hörstel im Kreis Steinfurt.

Haushalt 2006

Die Termine für die parlamentarische Beratung des NRW-Landeshaushalts 2006 stehen jetzt fest. Einbringung und 1. Lesung im Plenum sind auf den 15. und 16. Februar anberaumt. Danach geht der Entwurf in die Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie der Fachausschüsse. Am 9. und 10. März trifft sich der Haushalts- und Finanzausschuss zur Klausursitzung in Köln. Der Termin für eine mögliche Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss ist der 23. März. Daran schließen sich der zweite Beratungsdurchgang sowie gegebenenfalls die Auswertung der Anhörung an, bevor am 27. April der Haushalts- und Finanzausschuss zur 2. Lesung und den Antragsberatungen zusammenkommt. Ins Plenum geht der Haushaltsentwurf zur 2. Lesung am 3. und 4. Mai zurück. Die weiteren Stationen: 11. Mai 3. Lesung im Haushalts- und Finanzausschuss und 17./18. Mai im Plenum die 3. Lesung.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 16. Februar 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



An einen politischen Kraftakt ...

... erinnert die jüngste Publikation in der Schriftenreihe des Landtags. Die „Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen“ beleuchtet den schwierigen Prozess einer Neuordnung, die die nordrhein-westfälische Landkarte in den 70er-Jahren wie kein anderes Ereignis der Nachkriegsgeschichte verändert hat. Um die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu erhöhen und damit den veränderten Bedingungen der modernen Gesellschaft gerecht zu werden, wurde die Zahl der Kreise und kreisfreien Städte erheblich verringert – vor Ort hagelte es Proteste, Emotionen gingen hoch, Konflikte wurden ausgetragen, die Gerichte bemüht. Dieser Band der Schriftenreihe erinnert an den schwierigen Prozess der kommunalen Neugliederung und macht Reformansätze, Probleme, Erfolge, Misserfolge sowie die sehr unterschiedlichen Auswirkungen der Neugliederung deutlich. – Der Band kann gegen eine Schutzgebühr von fünf Euro beim Landtag bezogen werden. Schriftliche Bestellung an Pressestelle Landtag NRW 40221 Düsseldorf oder unter email@landtag.nrw.de

Foto: Schälte